

Berliner Volksblatt.

Organ für die Interessen der Arbeiter.

Das „Berliner Volksblatt“ erscheint täglich Morgens außer nach Sonn- und Festtagen. Abonnementspreis für Berlin frei in's Haus vierteljährlich 4 Mark, monatlich 1,35 Mark, wöchentlich 35 Pf. Postabonnement 4 Mark. Einzelne Nr. 5 Pf. Sonntags-Nummer mit illustr. Beilage 10 Pf. (Eingetragen in der Postzeitungspreislifte für 1885 unter Nr. 746.)

Infektionsgebühr beträgt für die 3 gespaltene Beilagen oder deren Raum 40 Pf. Arbeitsmarkt 10 Pf. Bei größeren Aufträgen hoher Rabatt nach Uebereinkunft. Inserate werden bis 4 Uhr Nachmittags in der Expedition, Berlin SW., Zimmerstraße 44, sowie von allen Annoncen-Bureaux, ohne Erhöhung des Preises, angenommen.

Redaktion und Expedition Berlin SW., Zimmerstraße 44.

Unsere Sozialgesetzgebung.

Aus den letzten sozialpolitischen Debatten im Reichstage kann man ungefähr erkennen, wie weit der Gedanke eines Normal- resp. Maximalarbeitstages bei den verschiedenen Parteien vorgebrungen ist. Früher und bis nahe an die jüngste Zeit heran war es die Arbeiterpartei ganz allein, die an dem Gedanken festhielt, daß die tägliche Arbeitszeit durch den Staat resp. die Gesetzgebung fixirt werden müsse; die übrigen Parteien wollten dem Staate die Befugnis zu einem solchen direkten Eingreifen in die wirtschaftlichen Verhältnisse nicht zugestehen. Indessen kamen aus der sich erweiternden Diskussion sozialpolitischer Ideen denn doch immer mehr Politiker zu dem Zugeständnis, daß dem Staate ein solches Eingreifen nicht nur als ein Recht, sondern sogar als eine Pflicht zustehe. Die süd-deutsche Volkspartei erkannte nach der Arbeiterpartei diese Pflicht zuerst an. Dasselbe Zugeständnis machten, wenigstens bis zu einem gewissen Grade, die Konservativen, nachdem ein Flügel dieser Partei, nachdem die christlich-soziale Richtung kaum gewonnen, und nun hat sich auch die Zentrumspartei dazu bekehrt, wozu die Behauptung des Herrn von Schorlemer-Misk, die Arbeiterpartei habe ihre praktischen wirtschaftlichen Forderungen bei den Wahlen vom Zentrum abzulehnen, sich allerdings recht sonderbar aussimmt. Der national-liberalen Partei ist der Gedanke eines solchen Eingreifens des Staates offenbar unsympathisch, während die freisinnigen Ströme auf dem manchesterlichen Standpunkt stehen und jedes Eingreifen von Staat und Gesetzgebung in die wirtschaftlichen Verhältnisse perhorreszieren.

Sonach hat sich der Gedanke der staatlichen Fixirung der täglichen Arbeitszeit als solcher bei verschiedenen Parteien Bahn gebrochen; allein vorläufig hat derselbe keine bestimmte Gestalt gewinnen können. Man gestand die Berechtigung des Gedankens zu; von demselben Augenblick an aber ist man auch unangenehm und eifrig bemüht gewesen, denselben abzuschwächen, ja theilweise fast in sein Gegenteil zu verkehren. Die positiven Forderungen der Konservativen nach dieser Seite hin treffen nur einen ganz geringen Theil des ungeheuren Krebsgeschadens, der aus der übermäßig langen Arbeitszeit resultirt. Das Zentrum dagegen hat sich die Sache ganz bequem gemacht, es hat einfach die Regierung aufgefordert, einen bezüglichen Gesetzentwurf vorzulegen.

Es wird mit dem Wort „Normalarbeitstag“, seit die alten Parteien diese neue Forderung akzeptirt haben, schon ein agitatorisches resp. demagogisches Spiel getrieben; man glaubt, die Arbeiter durch das bloße Wort zu gewinnen.

In der That kommt es darauf an, was man unter Normalarbeitstag versteht. Diese Forderung ging, aufrichtig genommen, immer dahin, die tägliche Arbeitszeit

wesentlich zu verkürzen und diese Verkürzung durch ein Gesetz fixiren zu lassen. Dagegen scheinen Zentrum und Konservative die eigentliche gebräuchliche Arbeitszeit nur um ein Geringes zu verkürzen und diese unwesentlich bleibende Aenderung mit dem Namen „Normalarbeitstag“ belegen zu wollen. Auch ist von diesen Parteien niemals betont worden, daß zur wirklichen Durchführung eines Normalarbeitstages eine äußerst scharfe und strenge Kontrolle gehört, eine Thatsache, welche die mehrfach in diesem Sinne schon bestehende Fabrikgesetzgebung häufig ganz oder theilweise unwirksam gemacht hat.

Der Reichszentraler hat sich als einen entschiedenem Gegner des Normalarbeitstages bekant und dadurch den manchesterlichen Theil der Linken im Parlament eine große Freude bereitet. Die an seine Regierung gerichtete Forderung des Zentrums, einen auf den Normalarbeitstag bezüglichen Gesetzentwurf vorzulegen, beantwortete er mit der Gegenforderung, das Zentrum möge seinerseits eine solche Vorlage machen.

Aus alledem geht aber hervor: Niemand will gerne an diese Sache heran und die schön gedruckten Redewendungen des Herrn von Hertling, die auf das Gefühl der Masse berechnet waren, können uns darüber nicht hinwegtäuschen. Herr von Hertling und seine Freunde wollen die Konzeption einer staatlichen Feststellung der Arbeitszeit wohl dem Wort, aber nicht der That nach machen. Daher glaubten sie diplomatisch zu verfahren, indem sie die Regierung aufforderten, einen bezüglichen Gesetzentwurf vorzulegen. Was werden sie nun thun, wenn die Regierung nicht will?

Die Herren mögen sich nicht auf das Kranken- und Unfallversicherungsgesetz berufen; das Opfer, das sie dort gebracht haben, war so klein, daß es kaum ein Opfer genannt werden kann. Die Arbeiter bezahlen doch die Kosten jener Versicherung fast ausschließlich selbst, wo soll also da für die Unternehmer ein „Opfer“ stehen?

Nehmen wir an, daß ein neun- oder achtfündiger Normalarbeitstag erforderlich wäre, um eine den Arbeitern günstigere Wendung in unseren Erwerbs- und Produktionsverhältnissen herbeizuführen; nehmen wir an, daß eine äußerst scharfe und gewissenhafte Kontrolle zur Durchführung einer solchen Maßregel unerlässlich ist — wer mag glauben, daß Zentrum und Konservative dazu die Hand bieten werden?

Wir glauben es nicht und es wird sich zeigen, daß wir damit Recht haben.

Man sollte es kaum glauben, welche tausend und aber tausend Gründe an den Haaren herbeigezogen und mit der Miene der Weisheit, ja der Humanität ausgekramt werden gegen die so einfache und humane Forderung, dem Arbeiter so viel freie Zeit zu gewähren, als er zu seiner

Bildung und Erholung bedarf. Man ist erstaunt, wie hartnäckig sich einzelne Parteien der Wiederherstellung der durch den Industriebetrieb vielfach gestörten Familie widersetzen.

Nun, diese sozialpolitischen Debatten sind nicht die letzten gewesen und unsere wirtschaftlichen Zustände werden die Forderung eines Normalarbeitstages in kürzester Frist wieder auf die Tagesordnung des Parlamentes erscheinen lassen. Dieselben wirtschaftlichen Zustände werden es auch mit sich bringen, daß die gesetzgebenden Faktoren sich die Frage, ob ein Normalarbeitstag einzuführen sei oder nicht, noch gründlicher überlegen werden.

Politische Uebersicht.

Koalitionsfreiheit nennt man die den Arbeitern durch die Gesetzgebung gewährte Freiheit, sich in Verbänden resp. Vereinen zu organisiren, öffentliche und Vereinsversammlungen abzuhalten um auf diesem Wege ihre Interessen zu wahren. Diese Freiheit wurde seiner Zeit den Arbeitern unter dem Hinweis zu Theil, daß, nachdem man die Gewerbefreiheit eingeführt und dadurch der Macht des Kapitals freien Spielraum gewährt habe, es nun auch der Gerechtigkeit entsprechend sei, wenn die gesetzlichen Bestimmungen besätigt würden, welche der Vereinigung der gewerblichen Arbeiter zur Wahrung ihrer Interessen bis dahin entgegenstanden. — Die deutschen Arbeiter haben natürlich stets von der ihnen zustehenden Berechtigung Gebrauch gemacht; die verwandten Berufsangehörigen organisirten sich in den verschiedenen Städten und Orten und in manchen Gewerbezweigen erstreckten sich die Organisationen über das ganze Reich. Doch fast alle diese Organisationen befanden sich seit den bestehenden Ausnahme-gesetzen in einer bedenklichen Situation, deren Unsicherheit namentlich dadurch erhöht wird, daß heute Niemand mehr weiß, was politisch resp. was unpolitisch ist. — Das preussische Vereinsgesetz gestattet politischen Vereinen nicht, miteinander in irgend welche Verbindung zu treten und da — nach Auffassung der preussischen Gerichte — schon die Besprechung der gesetzlichen Regelung der Arbeitszeit als „Politik“ angesehen wird, so ist eine Organisation der Angehörigen einer Branche über das ganze Reich fast zur Unmöglichkeit geworden. — Denn selbst wenn das Statut noch so vorsichtig redigirt ist, und wenn auch Alles vermieden wird, was irgendwie nur nach Politik aussieht, so ist dennoch Niemand im Stande, die „richtige“ Grenze zu finden. Uebrigens dürfte die genaue Grenze bis jetzt noch von keinem Sterblichen gefunden sein. — Solche unklaren Verhältnisse verhindern aber eine widerstandsfähige, kräftige Gewerkschaftsbewegung und machen die den Arbeitern ausdrücklich gewährte Koalitionsfreiheit illusorisch. Es ist ein fortwährendes „Gang und Bangen“, unter dem die Fachvereine heute vegetiren; die Fach- resp. Gewerksvereine können, so lange sie sporadisch wirken, sich nicht in dem Maße, wie es nöthig ist, gegen die Herabsetzung der Löhne und Verlängerung der Arbeitszeit schützen, und sobald sie eine Organisation über ganz Deutschland anbahnen, hängt das Damoclesschwert der Auflösung über ihnen. — Doch dieses ist noch nicht Alles, was heute die Arbeiter an dem Gebrauch

während er seiner Wuth in den gräßlichsten Flächen Luft machte.

„Zurück da, Geoffrey!“ sagte der Wärter, indem er mit dem Bleiknopf seines Lebensvertheidigers ausholte und that, als ob er ihn auf die Hände schlagen wollte. Der Mann sprang augenblicklich vom Gitter zurück, stieß ein markerschütterndes Lachen aus und schritt in den Hintergrund der lässigartigen Einfriedigung zurück.

„Dieser Mann ist der Gefährlichste“, wandte sich der Wärter an Rodenburg; „man darf ihn nie am Gitter dulden, wenn man sich in der Nähe befindet. Er würde einen, wenn man nicht sehr vorsichtig ist, im Nu packen und arg zurichten, vielleicht gar tödten, wenn nicht schleunige Hülfe käme.“

„Auch ein Mörder?“ fragte Fritz.

„Ja, und dabei ein sehr schlimmer! Er hat eine große Anzahl grausamer Mordthaten begangen und wird hier von uns am strengsten bewacht und von seinen Genossen am meisten gefürchtet. Er läßt über alle Anderen eine gewisse Autorität; sie fürchten ihn und darum gehorchen sie ihm. Er verlangt fortwährend herausgelassen zu werden und arbeiten zu dürfen; aber eher dürfte man einem Tiger die Wartung von Kindern anvertrauen, als diesem Manne Messer oder Werkzeuge.“

In der Nähe des Gitters stand ein untersehter, muskeltuldrer Mann mit rötlichem Haar, der die Ankommenden anlächelte und ihnen freundlich zulächelte.

„Der Mann sieht wahrlich nicht aus, wie ein gefährlicher Verbrecher“, meinte der Arzt.

„Da haben Sie Recht“, erwiderte der Wärter. „Von Angesicht zu Angesicht darf man ihn schon trauen; aber wehe, wer ihm den Rücken wenden würde. . . Er hat die Manier, Jedem, der seinem Lächeln und seinem freundlichen Gesicht traut, im unbewachten Augenblick sofort in den Rücken zu fallen und ihn zu würgen. Wir müssen unaufhörlich ein Auge auf ihn haben. . . Diese kleinen Schwächen abgerechnet, ist er ein ganz ungefährlicher Mensch.“

„Ist der Mann ein Doktor?“ fragte der Rothhaarige den Wärter.

Feuilleton.

Gesucht und gefunden.

Roman von Dr. Duz.

(Fortsetzung.)

Fritz hatte alle Noth, sich die Zubringlichen abzuwehren und that es mit so viel Schonung und Rücksicht, wie irgend möglich; aller es gelang ihm erst, sich den Zubringlichen zu entziehen, als er dem Wärter winkte, mit ihm die Gesellschaftsräume zu verlassen.

Auch unter den sogenannten „Zahmen“ giebt es Einige, welche an den Gesellschaften nicht theilnehmen dürfen, weil dies immerhin etwas Bedenkliches haben würde.

Von diesen befinden sich höchstens zwei, drei oder vier in einer Zelle, und auch dann ist für jede Zelle ein besonderer Wärter nöthig, um sie zu verhindern, sich gegenseitig anzufallen.

So fand Fritz einen gewissen Trostem, Mörder seiner Frau, Schwester und seines Kindes.

Er ist zeitweise ganz ruhig und ganz unschädlich, periodically aber lehren seine Krankheitsanfalle und mit ihnen seine Mordlust wieder und dann schweben seine Kerkergegnossen in steter Lebensgefahr.

Zum Lesen und Billardspielen werden auch diese gehalten, um sie zur Ruhe zu bringen; indessen ist es sehr gefährlich, sie zu anderen Arbeiten zuzulassen, da man nicht wagen darf, ihnen Werkzeuge, wie Spaten, Messer, Schere oder selbst Nadeln und Zwirn anzuvertrauen. Die Ungefährlichen bekommen zum Essen stumpe Messer und Gabeln, um den Schein zu wahren; diese Gefährlichen unter den Zahmen hingegen erhalten das Fleisch in kleine Würfel zerschnitten und dürfen sich nur eines Hornmessers und Löffels beim Essen bedienen.

Bevor Fritz diesen Theil der Anstalt verließ, besuchte er noch die Frauenabtheilung, die er im Großen und Ganzen denselben Regeln unterworfen fand, nur daß ihre größere Verdrießlichkeit, Eitelkeit und ihr übertriebener Muthwillen mehr Vorsicht nöthig machten. Schon als sie

sich dem Korridor näherten, welcher in die Frauenabtheilung führt, hörten sie ein lautes, grimmes Schimpfen, eine Frauenstimme, welche drohte, den Direktor, die Wärter, die Ärzte so zu traktiren, wie sie Red, ihren ungetreuen Liebhaber, traktirt habe; diesen nämlich hatte sie erwürgt.

Der Einfluß der Disziplin aber war auch hier so groß, daß bei dem bloßen Geräusch des Schlüssels in der Thür diese Kantippe von dannen schlich und ihre Drohung still verschluckte.

Ein mörderisches Weib bietet einen viel widerwärtigeren Anblick, als ein männlicher Mörder, und so erregte denn auch der Anblick der Bewohnerinnen dieser Abtheilung in Fritz ein unangenehmes Gefühl, einen Widerwillen, welcher ihn veranlaßte, sich hier nicht allzulange aufzuhalten.

Die Gänge durchstreifend, trieb er seine Schritte zur Eile an, da das von vielen Seiten ertönde Geschrei der hysterischen Anfälle ihn auf's Schmerzlichste berührte.

Mit Lesen oder ernstlichen Arbeiten beschäftigt fand er nur sehr wenige, doch waren auch einzelne in Küche und Waschküche thätig. Um die Verbrecherstation von Beihesda in ihrem ganzen Schrecken kennen zu lernen, muß man sich in die sogenannte gefährliche Abtheilung begeben, wo diese furchtbare Krankheit ihren Gipfel erreicht hat.

Hier sind alle die Männer eingesperrt, deren mörderischer Hang und Liebe zum Blutvergießen fast unauslöschlich scheint. Fritz fand die Kranken beim Eintreten in einem Theile der Anlagen, welcher mit starken, eisernen Geländern umgeben ist. Man hatte innerhalb der hohen Mauer diesen kleinen Raum, welcher einige Bäume und einen kleinen Rasenplatz enthielt, eingefriedigt, um die Gefangenen eine Stunde täglich frische Luft schöpfen zu lassen; man ließ aber ihrer nicht zu viele auf einmal hinein, weil man bei ihnen keinen Augenblick sicher war vor dem Ausbruch ihrer Mordlust. Eine genügende Anzahl Wächter war stets bei der Hand, um sie zu beaufsichtigen und sie zu bewältigen, wenn sie in ihrer Mordsucht sich gegenseitig anfielen, was häufig genug vorkam. Als Fritz mit dem Wärter sich näherte, sprang ein Mann an das Gitter. Er faßte die Eisenschnur und schüttelte sie wie ein wildes Thier,

den Konservativen 15 850 gleich 39,59 pSt. Stimmen. Bei der Stichwahl des dritten Wahlkreises waren 1881 26 806 eingetragene Wähler, es erhielten die Kandidaten von den Deutsch-Freikinnigen 11 498 gleich 59,14 pSt., von den Konservativen 4 193 gleich 21,57 pSt., von den Sozialdemokraten 3 691 gleich 18,98 pSt. Stimmen. Bei der engeren Wahl des dritten Wahlkreises waren 1884 eingetragene 31 705 Wähler, davon haben gestimmt 22 229 gleich 70,11 pSt.; es erhielten die Kandidaten von den Deutsch-Freikinnigen 13 002 gleich 58,49 pSt., von den Konservativen 8 948 gleich 40,25 pSt. Bei der engeren Wahl des vierten Wahlkreises waren eingetragene 1881 54 775 Wähler, davon stimmten 38 466 gleich 70,21 pSt. Es erhielten die Kandidaten von den Deutsch-Freikinnigen 19 031 gleich 49,49 pSt., die Sozialdemokraten 18 979 gleich 49,35 pSt. Bei der Nachwahl im fünften Wahlkreis waren 1881 21 089 Wähler eingetragene, davon haben 15 036 gleich 71,30 pSt. gestimmt. Es erhielten die Kandidaten von den Deutsch-Freikinnigen 9338 gleich 62,10 pSt., die Konservativen 3911 gleich 26,01 pSt., die Sozialdemokraten 1709 gleich 11,87 pSt. Stimmen. Bei der engeren Wahl im fünften Wahlkreise waren 1884 26 910 eingeschriebene Wähler, davon haben gestimmt 18 968 gleich 70,49 pSt. Es erhielten die Kandidaten von den Deutsch-Freikinnigen 10 946 gleich 57,71 pSt., von den Konservativen 7 891 gleich 41,60 pSt. Bei der Nachwahl im fünften Wahlkreise waren 1884 26 910 eingetragene Wähler, davon haben gestimmt 16 494 gleich 61,29 pSt. Es erhielten die Kandidaten von den Deutsch-Freikinnigen 8643 gleich 52,40 pSt., die Konservativen 5274 gleich 31,98 pSt., die Sozialdemokraten 2520 gleich 15,28 pSt. Stimmen. Bei der engeren Wahl im sechsten Wahlkreise waren 1881 55,446 Wähler eingetragene, davon stimmten 35,680 gleich 64,35 pSt. Es erhielten die Kandidaten von den Deutsch-Freikinnigen 17,947 gleich 50,30 pSt., von den Sozialdemokraten 17,378 gleich 48,71 pSt. Stimmen. Bei der engeren Wahl des sechsten Wahlkreises waren 1884 74,898 Wähler eingetragene, davon stimmten 25,437 gleich 33,96 pSt. Es erhielten die Kandidaten von den Deutsch-Freikinnigen 722 gleich 2,84 pSt., von den Sozialdemokraten 24,465 gleich 96,18 pSt. Stimmen. Bei der Nachwahl im sechsten Wahlkreise waren 1884 74,898 Wähler eingetragene, davon stimmten 35,003 gleich 46,73 pSt. Es erhielten die Kandidaten von den Deutsch-Freikinnigen 7546 gleich 21,56 pSt., die Konservativen 7027 gleich 20,08 pSt. und die Sozialdemokraten 20,327 gleich 58,07 pSt. Stimmen.

Das sogenannte "Berliner Zimmer" ist für die modernen Berliner Wohnhausbauten geradezu charakteristisch geworden. Sein Entstehen hängt, so schreibt die "Magd.-Blg.", mit dem nach den Verhältnissen konstanten Wachstum der Bevölkerung Berlins aufs Innigste zusammen. Im Jahre 1801 zählte die Hauptstadt 176 709 und im Jahre 1840 bereits 228 692 Einwohner. Für diese Menschenmassen mußten Wohnungen beschafft werden, und es trat als unmittelbare Folge eine gesteigerte Ausnutzung der Grundstücke, ein möglichster Bewerthen auch des kleinsten Fleckens Erde zu Worten der Bebauung ein. Während vor den dreißiger Jahren das Wohnhaus selten zu Spekulationszwecken und im Interesse eines möglichst hohen Mietheertrages aufgeführt wurde und wie noch manche Beispiele in der Friedrich-, Dorotheen- und Königsstadt beweisen, fast nur jene kleineren, ein- oder zweistöckigen Häuser erspärt, in welchen außer dem Besitzer höchstens noch zwei Familien zur Miete wohnen konnten, entstanden nunmehr von der Mitte der dreißiger Jahre an jene drei- und vierstöckigen Mieth- und Zinshäuser in denen bequem zwanzig oder dreißig Familien ein Unterkommen finden. Demgemäß entwickelte sich auch eine Grundrissdisposition, die von der bisher üblichen völlig verschieden war, wenn überhaupt von einem "üblichen Grundrissplan" bei den älteren Bauten gesprochen werden kann. Waren früher die für Berlin so charakteristischen schmalen, aber tiefen Grundstücke nur mit einem Vorderhaus belegt worden, während sich hinten vielleicht Stallungen und Remisen, nebst Hof- und Gartenterrain befanden, so wurde nunmehr letzteres ebenfalls zu Bauwecken verwendet, indem man dasselbst Seiten- und Quergebäude in Höhe des drei- oder vierstöckigen Vorderhauses aufbaute. Die für Berlin erlassene Baupolizei-Ordnung vom Jahre 1854 und deren Revision vom Jahre 1868, welche mit dem zum Teil noch von 1641 und 1733 herrührenden alten Baubehämmern gründlich aufräumte, so wie hervorragende Architekten, wie Stüler, Knoblauch, Hily und Ed. Neuf, haben dann im Wesentlichen dazu beigetragen, die sich neu zu entwickelnde Grundrissdisposition zu jener typischen umzugestalten, nach welcher heutigen Tages jedes Wohngebäude Berlins erbaut wird; ein Vorderhaus, dahinter ein Hof von mindestens 17 x 17 Fuss Flächenausdehnung und je nach der Breite und Tiefe des Grundstücks ein oder zwei Seitenflügel und ein Rückgebäude. Mit dem Aufsteigen der hauptstädtischen Bauten, das vorgenannte "Berliner Zimmer". Dort nämlich, wo der Seitenflügel an das Vorderhaus stößt, wird ein großer

Raum angelegt, welcher meist durch ein in der abgesetzten Ecke befindliches, dreieckiges Fenster sein Licht erhält. Der Zutritt zu diesem gewöhnlich in dämmeriges Halbdunkel gehaltenen "Berliner Zimmer" erfolgt vom Hauptkorridor aus. Auf der einen Seite hängt es mit den nach der Straße gelegenen Vorderräumen durch eine Flügelthür zusammen, während von seiner anderen Seite ein schmaler, dunkler Korridor zu den im Seitenflügel liegenden Schlafzimmern und zu der an der Hof- oder dem vorderen Eingange zu gelagerten, die Berliner Stube prägnant muß. Alle bisher gemachten Versuche, eine Lösung zu finden, welche zweckentsprechender wäre, sind als gescheitert zu betrachten. Die Anlage leichter, offener oder verglasten Gallerien an der Außenseite der Seitenflügel, die von der Küche an den Fenstern der Schlafzimmern und des Berliner Zimmers vorbei durch die neben der Haupttreppe liegende Nebenstube nach dem vorderen Eingange führen, sind nur als Mißgeschick zu bezeichnen. Die Berliner Stube bleibt also bestehen, so lange die typische Grundriss-Disposition unserer Miethshäuser keine andere wird. Die eigentümliche Lage des Zimmers ist auf die Art seiner Benützung nicht ohne Einfluß geblieben: es dient vorzugsweise als Speiseszimmer und bei denjenigen Familien, welche beschränkter wohnen, zugleich als gemeinsames Wohn- und Kinderzimmer, während die Vorderzimmer gewöhnlich für gesellschaftliche Zwecke und den Herrn des Hauses reserviert bleiben. Die echte Berlinerin hat in ihrem "Berliner Zimmer" gewöhnlich in der Nähe des nischenartig ausgebildeten Fensters die Nähmaschine und das Klavier aufgestellt. Ein gut Sittd Familienleben pflegt sich daher in diesem Räume abzuspielen und die Jugenderinnerungen so manchen herangewachsenen "Berliner Kindes" sind speziell mit dieser Stätte des traulichen Halbdunkels, des raschelnden Nähmaschinengeräusches, des disharmonischen Klaviergeklammers, der täglichen Fütterung und des Duftes, welcher gewöhnlich aus der nahe gelegenen Küche hereinströmt, aufs Innigste verknüpft. In den vornehmeren und moderneren Miethshäusern des Westens der Stadt trägt indes das "Berliner Zimmer" den erlauchten Charakter des Speisesaales zur Schau. Aus der Familienstube ist ein glänzender Raum geworden, welcher zu dem vornehmsten Versammlungspunkt der Bewohner und ihrer Gäste gehört. Diese Umwandlung hängt mit dem gesamtten Aufschwunge, den unsere Architektur und unser Kunstgewerbe seit 1871 genommen haben, zusammen. Vor dieser Zeit war selbst in den vornehmsten Häusern der Königin Augusta-Straße das "Berliner Zimmer" glatt tapeziert und sein Fußboden nicht einmal mit Parquet belegt; jetzt vereinigen sich Architekt, Tischler, Bildbauer und Maler, um grade in diesem Raume ein Ensemble von der feinsten Schönheit zu schaffen. Zwei oder drei Meter hohe Paneele von bürstweißem Kirschbaum, Eichen- oder Auenholz, welche durch Pilaster gegliedert, mit gelehnten Füllungen versehen, und oben durch ein vorladendes Sims abgeschlossen werden, in Verbindung mit einer Bekleidung der übrigen Wandfläche bis zum Deckengestirn aus schwerer Velour- oder gepreßter Ledertape, eine kunstvoll behandelte Holz- oder bemalte Stuckdecke und endlich reich gezeichnete Flügelmäntel, denen zuweilen gemalte Stillleben oder Majolikaplatten eingefügt sind, bilden die durchaus nicht mehr seltene Ausstattung dieses Saales. Der farbige Polzeis- oder schwarze Marmor-Parquet bildet ebenfalls ein bereits selteneres Akzent der Dekoration, so daß der weisse Kachelofen seligen Angedenkens als definitiv beseitigt anzusehen ist.

Ueber die polizeiliche Ausweisung einer Dame bringt der "B. B. C." eine Mittheilung, der wir über die näheren Umstände des Falles unter aller Reserve folgendes entnehmen: Vor einer Reihe von Jahren machte eine hübsche Dame die Bekanntschaft eines Russen, mit welchem sie sich schließlich verheiratete. Da aber die Ehe keine glückliche war, so wurde sie durch richterlichen Spruch wieder getrennt, worauf der verschiedene Gatte nach seiner russischen Heimath zurückkehrte. Die Dame verblieb nach wie vor hier in Berlin. Seit jenen Ereignissen sind wieder Jahre verstrichen, während welcher Zeit sie sich nicht hat träumen lassen, daß sie, eine geborene Preuzkin, die weder allein noch mit ihrem Namen Rußland je mit Augen gesehen, als - Russin einen polizeilichen Ausweisungsbefehl erhalten würde, wie es ganz urplötzlich dieser Tage geschehen ist. Vergebens wendete die Gemagregelte sich mit einer Beschwärzung an den Oberpräsidenten, in welcher sie ihre preuzische Heimathrechte geltend machte - sie wird abschlägig beschiedene. Sie hat durch ihre, wenn auch wieder geschiedene Ehe mit einem Russen ihre Heimathrechte verloren. Durch die Ehescheidung hat sie aber auch die russische Staatsangehörigkeit verloren, falls sie sie überhaupt je befiessen, so daß sie faktisch heimathlos geworden ist. Sie hat nun einen hiesigen Anwalt mit einem Gnadengesuch an die Kaiserin beauftragt.

g. Durch den bevorstehenden Abbruch des Arbeitshauses auf dem Alexanderplatz zum Zwecke der Erbauung des Polizeipräsidialgebäudes wird auch die sich gegenwärtig in demselben Verbrechen, dessen Garric angeklagt war, mit diesem Kinde? Offenbar in keinem, denn nach seinem eigenen Bekenntniß hatte er das Kind ermordet, lebendig begraben. Eine einzige Minute hatte genügt, um Fritz alle diese Erwägungen machen zu lassen. Er erkannte, daß er, statt Aufschluß zu erhalten, hier neuen Schwierigkeiten begegne, daß das Dunkel, welches Elys' Vergangenheit umgab, sich immer mehr und mehr verdichtete, und die größte Schwierigkeit war . . . das einmal erwachte Mißtrauen Garric's. Noch einen Versuch wagte er, um von ihm einen Aufschluß zu erhalten. Mit großer Festigkeit und Bestimmtheit sagte er: "Vor zwölf Jahren am neunzehnten Oktober brachten Sie ein Kind in diese Anstalt; wer war dieses Kind?" Garric glockte ihm mit rollenden Augen an, als ob er heftig erschrocken sei. "Herr, Sie lägen!" rief er endlich mit Bornestimme, "ich brachte nie ein Kind hierher. . . Ich habe ein Kind lebendig begraben, aber nicht hier. . . Sie sind ein Spion, Herr; nehmen Sie sich in Acht. Ich sage Geoffrey Alles; nehmen Sie sich in Acht!" Drohend erhob er die geballten Fäuste. Der Wärter sprang hinzu und drängte den Arzt fürsorglich zurück aus der Nähe des Gefangenen. "Wagen Sie nicht wieder, mich auszuforschen," fuhr dieser fort. "D, ich bin kein Verräther an meinem Herrn. Mein Herr war ein edler und rechtschaffener Mann; ich verrathe ihn nicht, und wehe dem, der es wagt, auch nur einen Verdacht gegen ihn auszusprechen!" Er redete sich in immer größerer Wuth hinein, so daß der Wärter es für gerathen hielt, den Doktor aufzufordern, die Zelle zu verlassen. In der That wurden die Geberden des Gefangenen so drohend und beunruhigend, daß Fritz diesem Rathe folgte. Dann zog sich auch der Wärter zurück, der einen Angriff auf sich selbst nur durch das Vorhalten seines Pistols abwehrte, und dann fiel die Thür hinter dem Gefangenen in das Schloß.

beständige und fast frequentirte Rathswaage verlegt werden. Für die Aufnahme derselben ist bereits in dem nahe dem Arbeitshause errichteten Gebäude für mehrere Abtheilungen des neuen Präsidiatsgebäudes Vorseege getroffen worden. Dieses Gebäude ist an der Ecke des Alexanderplatzes und der neuen Straße belegen, welche der Alexanderplatz mit der Neuen Friedrichstraße verbindet soll. Die Rathswaage erhält ihren Platz auf der neuen Straße zu belegen, weshalb auch bereits zum Kauf und Abfahren der Rathswaage in Anspruch nehmenden Wagen ein Theil der neuen Straße gepflastert ist. Da diese Straße bis jetzt nur bis zu den Stadtbahnbogen fertiggestellt werden konnte, so müssen die aufzufahrenden Lastwagen innerhalb dieses Straßentheils wieder umkehren, um nach dem Alexanderplatz abzufahren. Später fahren die Wagen entweder nach der Neuen Friedrichstraße oder durch die projektierte Parallelstraße der Stadtbahn ab. Einen Ueberbau, wie er bei den übrigen Rathswaagen vorhanden ist, erhält die neue Rathswaage nicht. Wie wir noch erfahren, sind am kommenden Mittwoch ein Termin statt, in welchem die gegen mehrere Miether des Arbeitshauses angestrenzten Ermißlungsklagen zur Entscheidung kommen. Mit dem Abbruch des eigentlichen Arbeitshauses dürfte spätestens am 1. Februar begonnen werden. Jetzt ist man mit dem Abbruch einiger kleiner Bauarbeiten beschäftigt, welche sich Miether auf dem zum Arbeitshause gehörigen Grund und Boden haben aufführen lassen.

1. Eine Frage von prinzipieller Wichtigkeit, nämlich, ob die Polizei die Machtbefugnis hat, ohne Weiteres in Privatrechte einzugreifen, liegt gegenwärtig der richterlichen Entscheidung vor. Im November v. J. erkrankte und verstarb das Kind eines im Norden Berlins wohnenden Kaufmanns an Diptheritis und wurde konstatirt, daß vor Monaten in derselben Wohnung ein gleicher Todesfall stattgefunden habe. Auf Antrag des Miethers verfügte das Kgl. Polizei-Präsidium, geführt auf ein vom Kreisphysikus eingeholtes Gutachten, welches besagt, daß die Wohnung vermuthlich von dem ersten Todesfälle her inficirt gewesen sei, trotzdem sie 11 Monate leer gestanden habe, unter Androhung einer Strafe von 30 R. event. 3 Tage Haft die Räumung der Wohnung seitens des Miethers, sowie die Desinfektion resp. Neuweihung, Tapezierung u. dergleichen Vorgehen machte der Vermieter sein Retentionsrecht geltend und verbot dem Miether, sein Mobiliar aus seiner Wohnung zu entfernen, da der Miethevertrag noch nicht abgelaufen sei. Daraufhin wurde der Miether beim Kgl. Polizeipräsidium vorstellig, welches nunmehr verfügte, daß der Räumung nichts im Wege stände, da beim Abreißen der Tapeten u. d. Gefahr vorliege, daß, sofern die Möbel in der Wohnung verbleiben würden, auch diese von dem Ansteckungsstoff behaftet werden könnten. In Folge dessen hat Miether unter Aufhebung des Miethevertrages und Zahlung der Miethe bis zum Tage des Auszuges die Wohnung verlassen. - Die Frage ist, wie gesagt, ob die Polizei, laut ihrer Verpflichtung, für die sanitäre Wohlfahrt der Bevölkerung Sorge zu tragen, die Machtbefugnis besitzt, derartig im Privatrechte zum Schaden resp. Nachtheile der Eigentümer einzugreifen. Der Richter erster Instanz hat die Frage bejaht, doch wird die Angelegenheit durch weitere Instanzen verfolgt werden. Unserer Ansicht nach muß mit demselben Erfolge, wenn nicht die sanitären Maßnahmen der Polizei überhaupt illusorisch gemacht werden sollen.

N. Zur Eisenbahnkatastrophe in Rassenhaide. Die eingeleitete Untersuchung; in Betreff der Eisenbahnkatastrophe bei Rassenhaide hat, sowie bis jetzt zusammengestellt, das Nachfolgende ergeben. Der aus ca. 100 Achsen bestehende Gütertrain hatte kaum die Station verlassen, als der in einem Radwagen gleich hinter der Maschine sich ausfallende Baumeister Richter ein eigenartiges Schwanzen im Auge wahrnahm. Eben im Begriff, das Wagenfenster zu öffnen, um nach der Ursache zu forschen resp. die Rostheile zu ziehen, erfolgte bereits die schon gemeldete Entgleisung, anscheinend dadurch, daß die Maschine auf einem sogenannten Herzstück ausfuhr. Die Waggons, welche der Güterzug in diesem Augenblick passirte, ist eine sehr bergige und so kam es, daß die ganze Reihe von Waggons über einander die steile Böschung hinabstürzte. Da die hinteren Waggons angeblich schwerer beladene gewesen sein sollen, als die vorderen, so stützten die letzten Waggons mit bedeutend größerer Behemung auf die vorderen auf, dieselben so zum größten Teil zertrümmernd. Der im vordersten Wagen befindliche Baumeister Richter wurde theilweise zermalmt und sofort getödtet. Der in der Mitte des Zuges beschädigt gewesene Schaffner Peters (nicht Becker) wurde gestern gemeldet, erlitt neben äußeren Quetschungen und Kontusionen anscheinend auch schwere innere Verletzungen. Sein Zustand ist auch heute als ein höchst Besorgniß erregender zu bezeichnen, während ein dritter Beamter, welcher sich am Ende des Zuges befand, anscheinend mit geringen Verletzungen davonkam. Ein Extra-Zug mußte sofort nach am Abend an die Unglücksstätte abgehen, um die sämmtlichen Güter, die zum größten Theil aus Kartoffeln bestehende Fracht, umzuladen. Die Aufräumungsarbeiten und Reparaturen waren auch gestern noch nicht vollendet, so daß alle Züge, die die fragliche Stelle sehr vorsichtig passiren mußten, hier mit einer geringen Ver-

Achtzehntes Kapitel. Von jetzt ab besuchte Fritz Rodenburg täglich die Verbrecher-Abtheilung der Anstalt. Es lag ihm vor Allem daran, sich das verlorene Vertrauen Garric's wieder zu gewinnen, denn daß er durch diesen allein den Schlüssel des Geheimnisses erhalten konnte, davon war er fest überzeugt. Garric schien den Auftritt völlig vergessen zu haben. Er beachtete den Doktor kaum, und wenn dieser einige gleichgiltige Fragen an ihn richtete, so beantwortete er sie mürrisch und gleichgiltig; dadurch aber überzeugte sich Fritz, daß der Auftritt nicht ohne Folgen geblieben sei. Er sah, wie die Gefangenen, so oft sie im Freien beisammen waren, mit einander heimlich sprachen, daß Garric offenbar einen Plan mit ihnen verabredet, und in die geheimen Beratungen wurde auch zuweilen Geoffrey gezogen, ja, derselbe schien eine Hauptrolle darin zu spielen. Daß diese geheimen Unterredungen auch auf ihn Bezug hatten, schloß Fritz aus den scheuen Blicken, die man nach ihm hinwarf, so oft er an dem Gitter vorüber ging, und aus der Sorgfalt, mit der man das beabsichtigte Komplott vor ihm zu verbergen suchte. Wenn er sich näherte, nahm Geoffrey eine ganz harmlose Miene an und bedeutete durch einen Blick die Andern, ein gleiches zu thun; entfernte er sich dagegen, so steckten sie sofort die Köpfe zusammen und sprachen im Flüsterndem, so daß auch kein Wort oder Laut an sein oder an der Wärter Ohr drang. War dies auch beunruhigend, so bemerkte Fritz doch mit großer Befriedigung, daß die Gefangenen unter sich jetzt viel friedfertiger waren, als früher. Sie schienen Alle in bestem Einvernehmen zu stehen, und die Wärter sprachen ihm ihre Bewunderung über diese Erscheinung aus. Es kamen viele Tage keine Ereignisse vor, nicht der geringste Versuch, einander umzubringen. Obwohl man von dem Rasenplatz alle Steine entfernt hatte, war es Geoffrey doch gelungen, sich in den Besitz einer großen Anzahl kleiner Steinchen zu setzen. Theils aus dem feinen Kies, theils aus der Erde selbst hatte Jeder auf seinen Befehl kleine Steinchen herausgehoben und ihm geben müssen. (Fortsetzung folgt.)

Mannes, das den Wärter veranlaßte, sich sofort zwei Schritte zu nähern, denn er kannte bereits die Symptome, die einem Wuthausbruch dieses Ratiern voranzugehen pflegten. Diesmal täuschte er sich jedoch, denn Garric sagte ziemlich ruhig: "Wenn das Geoffroy erzählt, daß Sie ein Spion sind, um uns auszuforschen, so bringt er Sie um." Fritz schrie, daß er einen falschen Weg eingeschlagen habe, um zu seinem Ziele zu kommen. Er hatte das Mißtrauen des Kranken erweckt und damit einen großen Fehler begangen; um denselben wieder gut zu machen, begann er scheinbar ein ganz anderes Thema. "Sie waren Förster?" fragte er dann. "Ja!" "Und wohnten in Glenmoristan?" "Dort wohnte ich und dort wohnte auch meine Frau, welche aber davon geflohen ist, als sie hörte, daß ich ein Verräther sei." "Wohin ist Ihre Frau geflohen?" "Wahrscheinlich in ihre Heimath!" "Zu welchem Gebiet gehörte Ihre Försterei?" "Zum Gebiet von Davistown," erwiderte er ganz arglos. Ein Gebanke schoß Fritz durch den Kopf. Der Mann war ein Unterthan des Lord Davis gewesen; der Mann hatte ein Kind in die Anstalt gebracht, aus dessen Wäsche man den Namenszug ausgehört hatte, und die Buchstaben A. D. und eine Grafenkrone eingeseichnet gefunden hatte. Daß dieser Garric identisch sei mit dem, der Miß Elys die Anstalt gebracht, konnte nicht zweifelhaft sein, denn nach seinem eigenen Geständniß war er Förster im Walde von Glenmoristan gewesen. . . Ein vornehmer Herr hatte ihn beauftragt, das Kind hierher zu bringen; konnte dieser vornehmer Herr nicht Lord Davis gewesen sein? Doch nein! Was hätte den Lord bewegen können, sein Kind, sein einziges einer Irrenanstalt zu übergeben? Das war unmöglich; und in welchem Zusammenhange stand das

Beilage zum Berliner Volksblatt.

Nr. 15.

Sonntag, den 18 Januar 1885.

II. Jahrgang.

Politische Uebersicht.

Frankfurt a. M. Wie ein Privat-Telegramm des „Voss. Jg.“ aus Frankfurt a. M. meldet, berichtet der dortige „General-Anzeiger“ Folgendes hinsichtlich des in Antwerpen wegen Verdachtes der Theilnahme an der Ermordung des Polizeipräsidenten Rumpff verhafteten Mannes: Der Verhaftete sei vor zwei Jahren als Hochverräther verurtheilt und habe seit zwölf Tagen sich der nach seiner Entlassung aus dem Zuchthaus über ihn verhängten Polizeiaufsicht durch die Flucht entzogen. Nach seiner Verhaftung sei ein von Köln an ihn adressirter Brief mit hundert Francs eingetroffen, während er vorher hundertundfünzig Mark Restgeld erhalten habe. Genannte Zeitung bemerkt dazu: Wir geben diese Nachrichten wieder, wie sie uns dorthin sind. Möglicher Weise bestehen sie sich auf den aus der Strafanstalt in Halle entlassenen Anarchisten, dessen wir gleich in unserem Abendblatte vom Mittwoch Erwähnung thaten. — In Offenbach wurde Dienstag Abend von einem Bahndiener am Lokalbahnhof auf dem Perron eine schmutzige Manchette bemerkt und arglos hingelegt. Mittwoch früh bemerkt sie daselbst ein Schutzmann, der an derselben bei näherer Betrachtung Blut wahrnahm. Nach Anzeige dieser Wahrnehmung wurden seitens der Offenbacher Polizeibehörde die Jüge revidirt und ein Verhör der Bahnbeamten angestrengt; auch eine Hausdurchsuchung wurde vorgenommen, und zwar in der Wohnung eines schon früher in Verdacht des Anarchismus gerathenen Arbeiters. Irgend welche Resultate haben diese Maßregeln nicht ergeben.

Auf Grund des Sozialistengesetzes verbietet das Berliner Polizeipräsidium ein mittels Holzschnitts hergestelltes Bild, enthaltend zwischen zwei Köpfen eine männliche Büste mit der Aufsicht eines verschlungenen Bandes befindlichen Ueberschrift „Stellmacher. Befallen für die Freiheit 1884“ und einem Social, in dessen Mitte ein Ausruf „An die Proletarier aller Länder“ Statistische Aufnahmen sehen neben der vom Bundesrathe angeordneten Statistik der Armenpflege noch zwei in Aussicht. Zunächst wird beabsichtigt, nach dem Vorgange anderer Länder eine einmalige allgemeine Erhebung über den Bildungsstand vorzunehmen, um auf diesem Wege den Bildungsstand und das Vorkommen der verschiedenen Widarten in den einzelnen Landesheilen zu ermitteln und die Bedeutung der Jagd in volkswirtschaftlicher Beziehung differenziell darzustellen. Zugleich sollen damit weitere Anhaltspunkte für die Verwaltung und Gefügeung auf dem Gebiete des Jugendpolizeiwesens gewonnen werden. Dann liegt es in der Absicht, nachdem seit längerer Zeit Erhebungen über die Bewegung des Grundeigentums nicht mehr stattgefunden haben, dieselben für den gesammten Umfang des Staatsgebietes wieder aufzunehmen, und zu diesem Zwecke das bei der Gebäudesteuer-Revision in den Jahren 1878 bis 1879 gewonnene Material zu verwenden. Das Material, welches sich aus den für die Regierungsbezirke Danzig und Aachen probeweise vorgenommenen Ermittlungen ergeben hat, ist als so brauchbar erachtet worden, daß die Annahme gerechtfertigt erscheint, es werde gelingen, unter Zugrundelegung desselben einen umfassenden und zuverlässigen Uebersicht über die gegenwärtige Vertheilung des Grundeigentums und der Gebäude innerhalb des Staates zu gewinnen. Da die Arbeiten hierfür jedoch sehr umfangreicher Art sind, so dürften sie einen Zeitraum von 2-3 Jahren in Anspruch nehmen.

Die deutschen Besitzergreifungen im Stillen Ozean haben bekanntlich in den australischen Kolonien eine große Erregung hervorgerufen; Nachrichten zufolge sollen sogar die deutschen Ansetzler von Neuguinea vertrieben sein. Diesbezüglich wird der „Frankf. Jg.“ aus Berlin geschrieben: Weder bei der Regierung, noch an anderer Stelle ist bis jetzt etwas eingetroffen, was zur weiteren Aufklärung der Meldung von der Vertreibung der deutschen Ansetzler aus Neuguinea dienen könnte. Dagegen sind anderweitige Berichte über Vorgänge eingegangen, welche vielleicht mit jenen Meldungen in Verbindung stehen. Telegramme aus Queensland an Privatpersonen, welche mit den neuesten Bemühungen, die deutschen Ansetzungen in der Südsee und auf Neuguinea auszudehnen,

eng hint sind, bringen nämlich die Kunde, daß an verschiedenen Stellen in der Kolonie Queensland Handen in Bildung begriffen seien, die sich auf den neuerdings deutscherseits beanspruchten Inselgruppen gleichfalls niederlassen und nöthigenfalls mit bewaffneter Hand behaupten wollen. Es wird hinzugesagt, daß eine solche Gesellschaft, aus etwa 30 Köpfen bestehend, bereits in See gegangen sei, unbekannt wohin. Die Kolonie Queensland hat sich von jeher ganz besonders gierig nach Annexion der Australien nächst gelegenen Inselgruppen englischerseits gezeigt. Sie hat dazu auch insofern besonderen Anlaß, als die in der Kolonie in erheblichem Umfange vorhandenen Zuckerplantagen einer großen Anzahl von Arbeitern bedürfen, die bisher hauptsächlich von jenen Inseln geholt wurden. Es ist bekannt, daß diese Anwerbungen von Arbeitern zu den größten Mißbräuchen, ja zum förmlichen Sklavenhandel geführt haben, ebenso aber auch, daß sowohl die deutsche als auch die englische Regierung gegen diesen Unfug eingeschritten sind und den Sklavenhändlern so ziemlich das Handwerk gelegt haben. Außerdem hat die allmähliche Ausdehnung des deutschen Pflanzenbesitzes auf jenen Inseln auch anderweitig sich den Queenslandern unheimlich gemacht, indem die Eingeborenen dort, wo sie gut behandelt werden und den versprochenen Lohn auch wirklich erhalten, gerne arbeiten, während die Queenslandern auch in gutem keine Arbeiter mehr erhalten können. Es ist also leicht erklärlich, daß die Queenslandern ganz besonders erboft auf die Deutschen sind, und Neigung verspüren, sich auf eigene Faust dem weiteren Vordringen derselben in den Weg zu stellen. Beschäftigt sich die Nachricht von der Organisirung förmlicher Freibeuterexpeditionen, oder gar von dem bereits erfolgten Abgange einer derselben, so können wir uns auf erste Zusammenstöße gefaßt machen.

Parlamentsberichte.

Deutscher Reichstag.

27. Sitzung vom 17. Januar, 11 Uhr.

Am Tische des Bundesrathes Bronsart von Schellendorff, v. Hänisch u. A.

Die Berathung des Militäretats wird fortgesetzt.

In Kap. 25 des Ordinariums der Ausgaben „Bekleidung und Ausrüstung der Truppen“ sind im Ganzen 14 163 266 M. zur Bekleidung der Truppen mit Kontingenten für den gewöhnlichen Verbrauch an Bekleidungs- und Ausrüstungsgegenständen, abzüglich der Ersparnisse für Manquevements ausgeworfen.

Ein Antrag des Abg. Richter, hinter den betreffenden Titel folgende Bemerkung einzuschalten:

„Ersparnisse der Truppenteile an den ihnen überwiesenen Beträgen sind ausschließlich zur Verbesserung der Bekleidungsverpflegung der Mannschaften der betreffenden Truppenteile zu verwenden“, war der Budgetkommission zur Vorberathung überwiesen worden. Die Kommission empfiehlt die Ablehnung des Antrages.

Abg. Richter: Ich halte es prinzipiell für ganz selbstverständlich, daß Ersparnisse aus einem Titel nur zu den Zwecken dieses Titels verwendet werden sollen, und konnte also eine solche allgemeine Bemerkung erst noch besonders zu beantragen, nicht in meiner Absicht liegen. Seit aber in der Kommission festgestellt ist, daß Verwendungen zur Verpflegung der Truppen bei festlichen Gelegenheiten nicht mehr wie früher aus den Ersparnissen dieses Titels, sondern aus denen der Kontinentalwirtschaft, also ganz unabhängig von diesem Titel, gemacht werden, entfällt für mich jede Veranlassung, eine Bemerkung überhaupt einzuschalten. Dagegen halte ich es nach wie vor für unzulässig, aus diesem Fonds persönliche Zulagen für Militärs zu machen. Diese Frage der Auslegung des Titels zu prüfen, wird zunächst Sache des Rechnungshofes sein. Im Anschluß hieran möchte ich den Herrn Kriegsminister fragen, was hinsichtlich der in der ersten Berathung angeregten Einschränkung der Desonomieverhältnisse und der Uebersetzung der

Fertigung gewisser Gegenstände an die Gefangenenanstalten bisher gezeigten ist. In mehreren Zeitungen verläutet, daß er probeweise die Anfertigung von Gegenständen für die Unteroffizierschule oder das Lehrbataillon in Potsdam Gefangenenanstalten übertragen hat.

Kriegsminister Bronsart von Schellendorff: In Folge der Anregung von Petitionen an den Reichstag und einer Vorstellung der Schuhmacher-Zunft beim Staatsminister habe ich versuchsweise eine solche Uebersetzung einzuwirken lassen. Eine bindende Erklärung über das Resultat kann ich natürlich noch nicht abgeben, ich habe aber meinen guten Willen dokumentirt, und es wird sich ja bald herausstellen, ob die Interessen, welche ich in erster Linie hier zu vertreten habe, ihre Wahrung bei diesem Verfahren finden.

Das Kapitel wird hiernach genehmigt.

Beim Kap. 27 „Garnisonverwaltungs- und Serwiswesen“ bemerkt Abg. Richter: Diefenigen Soldaten, welche nach und von den Arresthäusern transportirt werden, führt man in Berlin noch immer über die Straße; ich bin selbst wiederholt solchen Transporten begegnet, die vielen Bürgern zum Kergerniß gereichen. Es macht einen überaus erbarmungswürdigen Eindruck, wenn man diese Soldaten sieht, in geringsten Anzug, ein kleines Bündelchen unter dem Arm und hinterdrein einen Soldaten mit Bewehr und Helm zur Eskorte. Ein solcher Transport fällt jedesmal dem Publikum auf, alle Blicke richten sich dahin, zuweilen zieht auch die Jugend hinterher. Eine solche Beförderungsweise ist nicht geeignet, das Ehrgefühl in den betreffenden Mannschaften zu stärken; die Jivloerwaltung transportirt selbst Verbrecher nicht in dieser öffentlichen Art, während bei den militärischen Arrestanten doch nur in der großen Minderzahl der Fälle ihnen irgend etwas Ehrverleegendes zur Last fällt. Das Verfahren ist aus früheren Zeiten überkommen und mag anderswo vielleicht noch zulässig sein, mit den Verkehrsverhältnissen der Großstadt steht es aber nicht mehr im Einklang. Ich bitte demnach den Kriegsminister, eine andere Transportweise einzuführen, selbst auf die Gefahr hin, daß dadurch größere Ausgaben entstehen.

Kriegsminister Bronsart von Schellendorff: Die Unannehmlichkeiten dieser öffentlichen Transporte sind auch der Militärverwaltung nicht entgangen, und bereits vor einigen Monaten ist eine Verfügung erlassen, wonach bei allen von außerhalb kommenden Arrestanten der Transport per Droschke erfolgen soll. Es wird auch schon erwogen, ob auch nicht in der Stadt selbst ein weniger auffälliges Transportverfahren eingeführt werden kann. Ich bin sehr gern bereit, auf diesem Gebiete die bestehende Offenlichkeit des Verfahrens einzustellen (Seiterteil).

Kap. 27 wird bewilligt.

Kap. 32 „Ankauf der Remontepferde“ war auf Anregung des Abg. Dirichlet an die Kommission zurückverwiesen worden, um die Prüfung der Frage zu ermöglichen, ob nicht die sechste Remonte-Ankauf-Kommission, welche Mittel, West- und Süddeutschland (exkl. Bayern) bereit, ganz aufzugeben sei. Die Kommission hat diese Aufhebung nicht empfehlen zu können geglaubt und beantragt die unveränderte Genehmigung des Kapitels. Referent v. Köller hebt hervor, daß, während die Zahl der von den einzelnen übrigen Kommissionen angekauften Pferde sich zwischen 800 und 3000 belaufe, die sechste Kommission allerdings nur 250 Pferde angekauft habe, und daß sich die Unkosten pro Pferd bei dieser Kommission auf 22 M. belaufen, während die erste Kommission nur 4, die zweite 6, die dritte und fünfte 15 M. verausgabte.

Abg. Dirichlet (Deutsch-Freil.): Die sechste Kommission bereift Hesse-Nassau, Thüringen, das Großherzogthum Hessen, Elsaß-Lothringen, Baden und Württemberg, d. h. fast den dritten Theil Deutschlands, und von den 250 angekauften Pferden kommt erst eins auf 3000 in ihrem Betriebe vorhandene, resp. eins auf neun Quadratmeilen; Bei dem Remontewesen kann es sich doch nicht um die Hebung der Pferdezucht als solcher, sondern nur um die Förderung der Nüchtheit des leichteren, edleren Militärpferdes, nicht um die des schweren

lich gar kein Wunder war, wenn bei einem solchen Hundeleben auch der Bestand des edlen Thieres etwas vermindert wurde. Man schlug ihn deshalb todt und nun heulen alle seine Stammesgenossen unter der Last der Sperre. Die Sage geht, daß sich in besagter Stadt ein sonst ganz lebenslustiger Bubel, der zu den schönsten Hoffnungen berechtigte, in einem Anfall von Melancholie aus dem dritten Stockwerk eines Hauses auf das Straßenpflaster stürzte, wo er mit zerfurchterten Gliedern liegen blieb! Wie lange hätte er noch der Steuerbehörde seiner Vaterstadt erhalten bleiben können!

Aber so sind die Menschen. Sie haben nicht genug daran, daß sie ihre theuersten Freunde mit der Nasenqueische des Raullorbes belästigen, nein, auch an die Strippe mit ihnen, und wer sich nicht fügen will, der wird einfach für verrückt erklärt, und für das weitere Fortkommen eines solchen unglücklichen Geschöpfes sorgt dann — der Hundefänger mit seiner bekannten Liebenswürdigkeit.

In Berlin ist es ja freilich noch nicht so weit, aber — wer weiß, wie das noch kommt, — böse Beispiele verderben gute Sitten, und es wirkt bekanntlich nichts so anstößend auf der Welt wie Tollheiten. Sollte es sich in Berlin ein Köter einfallen lassen, seinen Spandauer Stammesgenossen nachzuahmen, dann wäre es sehr schlimm, dann würde kein Schweifwedeln und kein Schönmachen mehr helfen, dann bliebe nur die Wafel: die Lime oder Herr Krauts.

Aber bange machen gilt nicht, wir hoffen von den Berliner Hunden das Beste, sie werden sich von ihrem Spandauer Kollegen nicht verfahren lassen, sondern jeder Zamuthung jener Provinzialen eine echt großstädtische Verachtung entgegensetzen, — denn in Berlin ist es durchaus nicht zum Verrücktwerden.

Allerdings ist das ein Bischen viel gesagt; es trifft ja zu, wenn man das obere Ende der Leipziger Straße vermeidet, aber manchen Staatsbürger führt doch Beruf oder Neigung dorthin. Da freilich muß selbst der Mensch den Kopf oben behalten, wenn er ihn nicht verlieren will bei den fürchtbaren Reden, die dort vom Stapel gelassen werden. Der gewöhnliche Mensch thut gut, wenn er nicht dorthin geht, denn rein kommt er doch nicht, und auf der Straße stehen bei — die Kälte, dazu haben wir andere Leute.

Berliner Sonntagsplauderei.

R. C. Pfannkuchen und Grogel, das sind augenblicklich die Ideale, an welchen jedes Berliner Herz hängt. Denn der Pfannkuchen gehört zur Festtagszeit, wie die Thranen zur Zwiebel, und Grogel ist das einzige Getränk, welches die zähe Masse in unsern Ragen hinabzuspülen vermag.

Ein Pfannkuchen ist aber auch wirklich ein ganz ausgezeichnetes Ding, mag er noch so zweifelhaften Ursprungs sein, mag er sich auch noch so sehr eines ähnlichen Renomee's erfreuen wie die bekannten „Wärmen“, die zu mitternächtlicher Stunde an den Straßenecken angeboten werden, das schadet nichts, denn der Pfannkuchen an sich ist es ja durchaus nicht, den unser Herz begehrt, es ist ja vielmehr das Nus, was darin sitzt. Man kann also von einem Pfannkuchen durchaus nicht mehr als von einer Sache sprechen, bei der etwas drum und dran hängt, sondern hier liegt die Sache im wahren Sinne des Wortes entschieden tiefer.

Ein solcher Kuchen hat also seine richtige Würze im Mittelpunkt, im Zentrum, wie wir Lateiner sagen, und gerade hier wird gewöhnlich wie man das ja schon häufig erlebt hat, mit ganz besonderer Wonne angebissen. Leider aber täuscht man sich auch bisweilen, denn manchmal ist das Nus verdorben, und manchmal ist überhaupt nichts drin. Man soll also nie ohne Weiteres von dem Äußeren einer Sache auf ihren Inhalt schließen.

Kuchen und Grogel sind da, aber es fehlt der eigentliche Winter. Kein Schnee, kein Eis, nur trübes, nebligtes Wetter, Berlin hat zeitweise einen wirklichen Londoner Anstrich, und es scheint, als ob man sich auch in Bezug auf das Wetter das stolze Albion zum Muster nehmen wollte. Daher kommt es wohl auch, daß in diesem Jahre die Kassen gar nicht den richtigen Eindruck hervorrufen. Kaufen genug sieht man sie allerdings, man bemerkt allabendlich vor den renommiertesten Tanzlokalen Droschken, deren mögliche und unmögliche Kostüme eisener, enge spanische Strolchs und weite türliche Pluderhosen, Schnabelschuhe und erliche Goldkläuser, aber es ist Alles nichts, es fehlt im Allgemeinen doch die richtige Feststimmung.

Es ist das recht unerfreulich, namentlich wenn man ebenkt, daß es eigentlich wenigen Sterblichen vergönnt ist, überhaupt einen Maskenball besuchen zu können. Wie lange muß nicht für einen solchen Abend gespart werden,

die Kostüme sind theuer und häufig hat man noch Malheur mit denselben; welcher Schrecken, wenn man vielleicht am anderen Morgen bemerkt, daß die Ritterhose geplatzt, der flatternde Räubermantel vielleicht mit der Zigarre verbrannt ist.

Das ist der hinkende Bote, der manchmal nachkommt, und das ist dann bitter, die Erinnerung an die süßesten Pfannkuchen hilft uns nicht darüber hinweg.

Tropdem aber sind die Maskenbälle durchaus notwendig, man braucht nur an eine gewisse Sorte von Romanen zu denken, und man wird einsehen, daß sich manche Szenen, die im gewöhnlichen Leben niemals vorkommen, sich nur auf einem Maskenballe abspielen können.

Es giebt so verschiedene Masken auf der Welt. Diejenige der Diplomaten ist bekannt, der Fechter setzt sich ein unförmliches Drahtgestell auf den Kopf, damit er, wenn sein Degen nicht ausreicht, nicht mit dem Gesicht zu pariren braucht. Ja selbst die edelsten, selbstlosesten Freunde der Menschheit, unsere Neros und Garos müssen täglich und stündlich maskirt erscheinen, wenn sie nicht dem unerbittlichen Hundefänger zum Opfer fallen wollen.

Es ist möglich, daß sich das Hundegeschlecht im Laufe der Jahre bereits an diese Maskerade gewöhnt hat, das Schrecklichste, was demselben jedoch passieren kann, ist die Sperre, der die Hundesperre. Jeder Hundefreund und -Besitzer schüttelt sich bei diesem ominösen Wort wie ein Pudel, der aus dem Wasser gezogen wird.

Nun, ein gnädiges Geschick hat die Reichshauptstadt seit längerer Zeit vor diesem Uebel bewahrt, aber — „der Wilde tobt schon an den Mauern“ — in unserer Nachbarstadt, dem millionenbesetzten Spandau hat sie bereits mehrere Opfer gefordert, in Charlottenburg grassirt die Epidemie fürchterlich; wieviel Kummer und Herzleid bringt eine solche Maßregel nicht über alle alte und junge Jungfern, die sich einen Kops leisten, wie verbittert wird nicht das Gemüth alter Hagestolze, wenn sie ihren Vello fortwährend an der Strippe herumschleppen müssen, und ist es ein Wunder, wenn die Köter selbst dadurch nur noch „verbissener“ werden.

Aber das Schlimme bei der Sache ist, daß die ganze Hundegesellschaft für einen Tollcn mit leiden muß.

In Spandau hatte ein widerwärtiges Geschick, Hunger, Mißhandlungen u. c., einen recht nachtheiligen Eindruck auf das Äußere eines Hundes hervorgebracht, so daß es schließ-

Abg. Stöcker: Das Verfahren der Herren links wird in werten Kreisen unseres Landes Billigung finden, denn es ist nur darauf gerichtet, den Geist unseres Heeres zu erschüttern. Es gehört zu den großartigsten Tugenden, welche der Krieg gegen Frankreich aufzuweisen hat, daß vor Ausbruch desselben die Soldaten regimentsweise das heilige Abendmahl genommen haben; und im Kriege selbst hat der religiöse Geist der Soldaten die Bewunderung aller erregt, wie mit von einem Franzosen bestätigt wurde. Natürlich ist es Pflicht des Landesvaters, den religiösen Sinn im Heere zu wahren, zumal da er summus episcopus ist. Bedenken Sie doch, daß die jungen Leute in einem Alter unter die Fahnen treten, wo sie noch der Führung bedürfen. Sie stehen in demselben Verhältnis zu ihren Vorgesetzten, wie die Knechte zu ihren Guts-herren, die auch für die Religiosität ihrer Untergebenen zu sorgen haben. In den Zivildiensten sind ja die meisten Blöße vermeidet, also für die Soldaten nicht vorhanden; die Soldaten bekommen die schlechtesten Blöße, wodurch ein Wider-wille gegen den Kirchendienst bei ihnen erzeugt würde, während sie so in großer Zahl freiwillig zum Gottesdienst gehen. Es ist ihnen nicht eine Last, sondern eine Freude, sich als religiöse Menschen zu betätigen. Wenn wieder einmal Kriegsgefahr entsteht, dann giebt nur der religiöse Geist die Freudigkeit zum Kämpfen und zum Sterben. (Lebhafter Beifall rechts.)

Abg. Richter: Das Pathos des Herrn Stöcker ist gerade hier am wenigsten am Platze. Auch ich will ja, daß die Soldaten die nötige freie Zeit und übereinstimmende Zeit zum Besuch des Gottesdienstes gegeben werde; auch haben ja die Militärbehörden das Recht, sich in den Zivildiensten Blöße gegen Entschädigung für die Soldaten abtreiben zu lassen. Es kommt nur darauf an, ob die Soldaten mit Recht zur Kirche kommandiert werden können oder nicht. Dadurch, daß die Soldaten zum Gottesdienst kommandiert wurden, ist der Geist, mit dem sie in den letzten Feldzug zogen, nicht entstanden. Für mich bleibt eine einfache Rechtsfrage übrig. Nur für Preußen, nicht für das Reich, ist der Monarch Landesbischof. Die Militärkirchen-ordnung ist noch nicht Gesetz; und der Gottesdienst hat mit militärischen Verhältnissen nichts zu thun. Wenn mit demselben militärische Nebenabsichten verbunden werden sollten, so muß der Gottesdienst ja auch natürlich darunter leiden.

Abg. Stöcker: Wenn es sich wie hier um die heiligsten Dinge handelt, so bräusche ich mich meines patriotischen Tones nicht zu schämen. Dasselbe ist hier eher am Platze als beim Raisonnieren auf der anderen Seite. (Der Präsident ersucht den Redner, das Wort: raisonnieren nicht in Bezug auf eine Persönlichkeit des Hauses in Anwendung zu bringen.) Ich habe nicht von einer Person, sondern von der anderen Seite des Hauses gesprochen. **Abg. Richter** ist übrigens über die Frage, über die er gesprochen, nicht orientiert, der König von Preußen ist nicht nur summus episcopus für die alten Provinzen, sondern auch für die neuen. Herr Richter hat deshalb auch nicht mit der Sicherheit gesprochen, die sonst bei ihm zu finden war. Es handelt sich bei dieser Frage nicht um rein äußerliche Dinge, denn dazu ist die Erziehung unseres Volkes durch die Religion doch nicht zu rechnen. Ein Volk ohne Religion ist verloren. Auf der anderen (linken) Seite mag das bestritten werden. Trotzdem werden wir an diesem Soge festhalten. (Beifall rechts.)

Abg. Richter: Es handelt sich hier nur um das diszi-plinarische Recht gegenüber dem Soldaten, ihn in die Kirche zu kommandieren. Wenn Sie in Ihrem Rechtsanspruch so sicher sind, dann müßten Sie sich doch auf bestimmte Siege berufen können; statt dessen berufen Sie sich aber immer nur im Allgemeinen auf den summus episcopus und die Militär-hoheit. Ich bestreite, daß überhaupt ein Mensch zum Kirchen-besuch gezwungen werden kann, und **Abg. Stöcker** hat mit seinem Hinweis auf Gefellen und Knechte sich selbst geschlagen; der Meister und der Bauer hat über diese ebensowenig ein solches Recht wie der militärische Vorgesetzte über die Soldaten. Die Religion steht, wie ich wiederhole, hier gar nicht in Frage, und ich meine, in der Armee wird immer gerade so viel Religion sein, wie im Volke überhaupt.

Kriegsminister Bronsart v. Schellendorff: Ob die betreffende Militärverordnung als Verordnung oder Gesetz publiziert ist, kommt gar nicht in Betracht; sie datiert aus der Zeit Friedrich Wilhelm III., wo solche Unterschiede über-haupt nicht festgehalten worden sind. Im Uebrigen wäre dies auch für die Armee gleich gültig. Der Kirchendienst der Soldaten beruht auf Allerhöchstem Befehl, und ein solcher wird in dem Heere stets befolgt werden.

Abg. Stöcker: Wenn der **Abg. Richter** die Frage auf den Befehl ausgeht, so wird es ihm doch nicht gelingen, das Volk über die Tragweite dieser Diskussion zu täuschen. Das Äußere daran ist das geringste; es handelt sich dabei wesentlich um die Bedeutung des religiösen Lebens und der religiösen Erziehung; und es wird im Lande nicht verstanden werden, daß Sie (links) in dieser Weise gegen eine geheiligte Einrichtung Protest erheben.

Abg. Richter: Sie ziehen den Begriff der Heiligkeit herunter, wenn Sie ihn auf eine äußere disziplinarische Ver-ordnung anwenden. Wenn der Kriegsminister sagt, es sei gleichgültig, ob der Kirchendienst durch Gesetz oder Verordnung angeordnet ist, so ist das der Standpunkt der Armee; wir fragen nach dem Rechtsittel. Es ist ein Unterschied, ob ein Gesetz zu Grunde liegt, das wir ändern können, oder eine Ver-ordnung, die nach meiner Ueberzeugung der verfassungsmäßigen Freiheit widerspricht. Ich warne vor der Annahme, als ob es in der Armee einen absoluten Gehorsam gebe; dieser gilt nur in militärischen Dingen; darüber hinaus hört der Gehorsam auf. Von absolutem staatlichen Gehorsam könnte man etwa in Bezug auf die russische Armee sprechen.

Kriegsminister Bronsart v. Schellendorff: In der preussischen Armee ist der Gehorsam unbeschränkt.

Abg. v. Schellendorff: Herr Richter scheinen seine Kenntnisse verlassen zu haben. Wir ist es nicht zweifelhaft, daß Verordnungen, die vor Erlaß der Verfassung ergangen sind, Rechtskraft haben. Die Disziplin in der Armee beschränkt sich nicht auf militärische Dinge, sondern auch auf das bürger-liche Leben des Soldaten.

Abg. Richter: Bei dem Grundsatze, daß der Gehorsam in der Armee unbeschränkt ist, würde jede Freiheit aufhören, auch die bürgerliche Freiheit, die Testfreiheit u. s. w., dann wären wir überhaupt auf dem Standpunkt Friedrich Wil-helm I. angekommen, der sein Recht so ausfaßte, daß er seinen Soldaten auch kommandieren konnte, bestimmte Persönlichkeiten zu heiraten. Einen solchen Gehorsam kann es heute nicht geben, weil er mit unseren ganzen modernen Kulturverhältnissen und unserem modernen Staate in Widerspruch steht.

Abg. Stöcker: Der Gottesdienst gehört mit zum Dienst. Wenn wir darüber sprechen, ob der Gottesdienst obligatorisch sein soll oder nicht, so sprechen wir in der That über heilige Dinge. Indem **Abg. Richter** gegen die Form polemisiert, nimmt er auch eine oppositionelle Stellung gegen den Inhalt. Ich erinnere ihn an ein Wahlzettelblatt der deutsch-freimüthigen Partei, welches schloß: „Vorwärts für Kaiser und Reich.“ Mit Gott! haben die Herren vergessen, daß thun sie heute auch.

Abg. Dittich: **Abg. v. Schellendorff** meinte, jeder ver-sündliche Bauer und Gutsbesitzer halte seine Leute zum Kirchen-besuche an. Ja meinen Augen hat allerdings jeder verständ-liche Gutsbesitzer und Bauer die Pflicht, sobald bei den ihm unterstellten Arbeitern das religiöse Bedürfnis, nach der Kirche zu gehen, sich geltend macht, ihnen die Gelegenheit dazu zu gewähren, an Sonntagen oder auch an Arbeitstagen. Wenn der- selbe aber darüber hinaus in das religiöse Leben derselben ein- greift und sie in die Kirche zwingt, dann handelt er geradezu un- verständlich und kümmert sich um Dinge, die ihn auf Gottes

Belt nichts angehen. Was dienlich geregelt werden muß, ist die Zeit, wann der Soldat aufzustehen hat, wann er zum Appell kommen soll und dergleichen; aber die dienliche Rege- lung der Erhebung zu Gott geht für unsere Vorstellungen zu weit. Kommando zur Erhebung zum Höchsten erzeugt Heuchel-lei. Es handelt sich hier also nicht um die Wahrung heiliger Dinge, sondern um den Mißbrauch der Disziplin zur Erzeu- gung von Heuchelei.

Abg. Graf Ballestrem: Ich muß dem Kriegsminister doch bemerken, daß auch der militärische Gehorsam nicht ganz unbeschränkt hingestellt werden kann. Auch er findet seine Grenze an dem Gehorsam gegen den höheren Vorgesetzten, gegen Gott.

Abg. Richter: Herr Stöcker hat einen Angriff gegen uns daraus hergeleitet, daß in dem Wahlzettelblatt nur gestan- den habe „für Kaiser und Reich“ und nicht auch „mit Gott“. Wir rechnen zu den göttlichen Geboten auch, daß man den Namen Gottes nicht unnützlich ausspreche. (Sehr richtig.) Wir halten es nicht für angemessen, wo es sich um wandelbare politische Einrichtungen handelt, Gott hineinzubringen. Im Uebri- gen ist es Herr Grafen v. Ballestrem selbst klar geworden, wie gefährlich der Grundsatze des unbedingten Gehorsams werden kann. Es könnte dann folgerichtig auch kommandiert werden, daß sa- tholische Soldaten an dem evangelischen Sakrament sich be- theiligen. Die Bestrafung für die Verweigerung des Gehor- sams in diesem Falle würde man freilich allgemein als eine Unbilligkeit empfinden. Mit vollem Recht hat Graf Balle- strem hervorgehoben, daß es auch für den Soldaten noch eine höhere Autorität giebt als seinen Vorgesetzten. Gerade weil es Gewissenssachen jedes Einzelnen ist, sein Verhältnis zu Gott zu regeln, sind wir gegen das Kommando zum Kirchen- besuch.

Kriegsminister Bronsart v. Schellendorff: Daß es für den Soldaten noch etwas Höheres giebt als die Ge- füllung seiner militärischen Pflichten, versteht sich von selbst. Die Verhältnisse, die **Abg. Richter** aus dem mit mir aufge- stellten Grundsatze herauskonstruiert hat, sind mir unverständlich. Auf diese Weise kann man das vernünftigste Prinzip zu einem unvernünftigen machen.

Abg. Dittich: In den Augen aller evangelischen Leute ist es ein religiöses Gebot, daß kirchliche Handlungen in Harmonie mit dem inneren Bewußtsein sich befinden müssen, und es widerspricht dem evangelischen Grundsatze, derartige Stimmungen zu einer bestimmten Stunde sich aufzukommandieren zu lassen. **Abg. Stöcker** hat gesagt, es sei ihm von französischer Seite versichert worden, unser Sieg in den Jahren 1870-71 sei der stärkeren religiösen Stimmung unserer Armee zu ver- danken. Ist auch der Sieg der preussischen Armee im Jahre 1866 dem Umstande zuzuschreiben, daß in ihr das religiöse Gefühl stärker war als in dem sächsischen, bairischen, hannö- verischen Heere? Und würde es **Abg. Stöcker** nicht für eine Blasphemie erklären, daß der Sieg der französischen Armee zu Anfang unseres Jahrhunderts auf der Superi- orität des Atheismus über den Konfessionalismus beruhe?

Abg. Windhorst: Allerdings kann religiöse Stimmung nicht aufgezogen werden, aber die Soldaten können doch aus ihrer Passivität aufgesteckt werden. Ich würde es sehr bedauern, wenn in Folge der heutigen Diskussion in den be- ziehenden Grundrissen eine Aenderung einträte. Ich wünschte, daß den katholischen Soldaten öfter Gelegenheit geboten wird, die Kirche an Sonn- und Feiertagen zu besuchen.
Der Titel wird genehmigt.

Die Forderungen von ersten Raten resp. ersten Bauarbeiten für Kasernenneubauten in Düsseldorf und Münster resp. für den Bau einer Garnison- Waschanstalt in Münster werden nach kurzer Debatte ge- strichen, desgl. die erste Bauarbeit für den Neubau eines Festungsgefängnisses in Posen und die Forderung zum Neubau eines Dienstgebäudes für das Artilleriedepot in Thorn; dagegen wird der von der Kommission gestrichene Titel „Neubau eines Friedenspulvermagazins in Königsberg“, voller Bedarf 29 300 M. nach kurzer Besprechung durch den Bundeskom- missar Major Haberkamp und die **Abg. Richter** und v. Huene mit großer Mehrheit bewilligt. Abgelehnt wird ferner dem Kommissionsantrage entsprechend die erste Rate für den Neubau eines Friedenslaboratoriums in Span- dau; im Uebrigen genehmigt das Haus den Rest des Kap- itals.

Im sächsischen Etat wird die Forderung von 25 000 M. zur Errichtung von Kriegsverpflegungsanstalten gestrichen, ebenso nach kurzer Debatte die Forderung von 160 000 M. zum Erwerb der sächsischen Kaserne in Bayen, der Etat im Uebrigen bewilligt, desgl. der württembergische Etat unter Streichung der ersten Rate von 60 000 M. zu Neubau eines Militärarresthauses in Ulm.
Um 4 1/2 Uhr wird die weitere Beratung abgebrochen.
Nächste Sitzung Montag 2 Uhr.

(Etat der Militärverwaltung, des Reichstages, des Reichs- amts des Innern und der Reichsjustizverwaltung.)

Arbeiterbewegung, Vereine und Versammlungen.

Zum Ortskrankenkassengesetz. In einer hiesigen Zeitung wurde kürzlich berichtet, daß ein Schneidermeister, welcher in eigener Betriebsstätte für ein Konfektionsgeschäft arbeite, die wiederum von ihm beschäftigten Arbeiter nicht zu den Orts- krankenkassen anzumelden brauche. Diese Annahme beruht auf einer irrtümlichen Auffassung der gesetzlichen Bestimmungen. Nach § 1, in Verbindung mit § 2 Nr. 5 des Reichsgesetzes, betreffend die Krankenversicherung der Arbeiter vom 16. Juni 1883 unterliegen in Ermangelung einer entgegen gesetzten Orts- statutarischen Anordnung — und eine solche ist für Berlin nicht erlassen — dem Versicherungszwang nicht: „selbständige Ge- werbetreibende, welche in eigenen Betriebsstätten im Auftrage und für Rechnung anderer Gewerbetreibender mit der Ver- stellung oder Bearbeitung gewerblicher Erzeugnisse beschäftigt werden (Hausindustrie)“. Der Schneidermeister also, welcher in eigener Betriebsstätte im Auftrage und für Rechnung eines Konfektionsgeschäfts arbeite, ist für seine Person nicht ver- sicherungspflichtig, aber eben nur für seine Person. Wenn er dagegen in seiner Betriebsstätte wiederum selbständige Ar- beiter oder Arbeiterinnen beschäftigt, so sind diese nicht von der Versicherungspflicht befreit; letzteres ist nur bei selbständigen Gewerbetreibenden mit eigenen Betriebsstätten der Fall. Der- artige Arbeiter und Arbeiterinnen sind daher, wie andere, von ihren Arbeitgebern zur Vermeidung empfindlicher Nachteile und Strafen zu den Ortskrankenkassen anzumelden. Anders liegt die Sache, wenn der Schneidermeister, welcher für das Konfektionsgeschäft arbeitet, zwar seinerseits wiederum Leute beschäftigt, aber nicht in seiner Betriebsstätte, wenn vielmehr diese Leute in ihrer eigenen Bewohnung arbeiten. Derartige Personen sind nicht anzumelden, da nach § 1 in Verbindung mit § 2 Nr. 4 a. a. O. in Berlin nicht versicherungspflichtig sind: „Personen, welche von Gewerbetreibenden außerhalb ihrer Betriebsstätten beschäftigt werden.“

Zum Krankenkassengesetz. Vom 10. Januar. Die im Reichstag geratete Methode der Unternehmer und Fabri- kanten, die Zuschüsse zu den Krankenkassen zu ersparen, indem sie nur solche Arbeiter annehmen, welche schon bei einer eingeschriebenen Hilfskasse Mitglieder sind, bürgert sich auch hier ein. Wenigstens werden an der Manufaktur- stätte gegenüber Höchst nur noch solche Arbeiter angestellt. Es wird gegen diesen Mißbrauch wohl gesetzlich eingeschritten werden müssen. — Ein zweiter Punkt dürfte auch nach gesetzlicher Regelung erfordern. Die Statuten der Ortskrankenkasse ent- halten die Bestimmung, daß solche Mitglieder, welche noch in

einer anderen Kasse versichert sind, nur die Differenz zwischen dem, was sie dort erhalten und dem ordentlichen Tageslohn ausgezahlt bekommen. Einige Fabrikanten haben denselben Paragraphen aufgenommen und legen denselben dahin aus, daß sie den Mitgliedern freier Kassen nur drei Mark auszahlen wollen, ohne daß sie ihnen deshalb die Beiträge geringer an- setzen. Es ist das eine schwere Benachteiligung der freien Kassen, eine Abhilfe wird nur auf gesetzlichem Wege erfolgen können, da bei dem gegenwärtigen Ueberflusse an Arbeitern nur ausnahmsweise ein Arbeiter wagen kann, gegen die Fabrik- leistung klagen aufzutreten und die Vorstände der freien Kassen nicht zur Erhebung einer Klage berechtigt sind.

Zu dem Streite in der Pensjon u. Kartert'schen Fabrik eracht folgender Aufruf an die Schneider Berlins. Kollegen! Der Streik der Knopfabriker in der Pensjon u. Kartert'schen Fabrik legt es Euch alle ans Herz, vor allen Dingen der Geist der Solidarität, welcher alle Arbeiter ohne Unterschied durchdringen muß, zu betätigen. Kollegen! Bedenkt was es heißt, 14 Tage vor Weihnachten feiern zu müssen, und bei Antritt der Arbeit sich so horrende Abzüge, wie die in der genannten Fabrik geplanten, gefallen zu lassen. Darum, Kollegen, tretet Alle dafür ein, daß die Arbeiter in ihrem gerechten Kampfe nicht unterliegen, thut Alle Eure Schuldigkeit, sammelt Geld und liefert die gesammel- ten Gelder an nachfolgenden Stellenpost: Mauerstraße 86 im Lokale; bei Hilm, Waldemarstr. 19, Hof 1, und an Montag, den 19. Jan., Abends 8 1/2 Uhr, im Restaurant Seefeld, Grenadierstr. 33/34. Also, Kollegen, doppelt giebt, wer schnell giebt. L. Pfeiffer, Vorsitzender der Lohnkommission der Berl. Schneider.

Kachverein der Schneider. In der am Dienstag, den 13. d. Ms., in den Arminbahnen, Kommandantenstr. 20, statt- gehaltenen öffentlichen Versammlung des Kachvereins der Schneider, welche sich eines sehr zahlreichen Besuches zu er- freuen hatte, hielt Herr Dr. Hymann einen sehr lehrreichen Vortrag über den Bauernkrieg und seine Bedeutung für das deutsche Volk. Um die Wirkung der hochinteressanten Aus- führungen nicht abzumäßen, wurde von einer Diskussion abgesehen. Nach Erledigung einiger wichtiger Vereinsange- legenheiten erhielt das Mitglied der Kommission der streitenden Knopfabriker, Herr Hildebrand, das Wort und legte in kurzen Worten die Lage der betreffenden Arbeiter klar. Ein Antrag auf Veranstaltung einer Telesammlung zu Gunsten der streitenden Knopfabriker wurde angenommen, die Ausführung derselben aber von dem überwachenden Polizeibeamten ver- boten. Eine eingegangene Resolution, wonach sämtliche Schneider Berlins verpflichtet sind, für die streitenden Knopf- arbeiter moralisch und materiell einzutreten, wurde einstimmig angenommen. Erwähnen wollen wir noch, daß die Prüfung der Fachschüler am Dienstag, den 20. Januar er., Abends 8 1/2 Uhr, im Lokal Mauerstraße 86, statt- findet, und haben nicht nur die alten Schüler, sondern auch die neu Angemeldeten hierzu Zutritt. Gleichzeitig sei bemerkt, daß Meldungen zu den Unterrichtsabenden (Dienstag, Donnerstag und Freitag) im Lokal Mauerstr. 86 und in der Wohnung des Herrn Faust, Taubensstraße 35, Hof 3 Tr., entgegengenommen werden.

Eine Versammlung sämtlicher Berliner Tischler- meister findet am Montag, den 19. Januar, Abends 8 Uhr, in Keller's großem Saale, Andreasstr. 21, statt. Die Tages- ordnung lautet: 1. Die von den Berliner Tischlergefellten aufgestellten Minimallohntarife und deren Bedeutung für das G. werksleben aller Interessenten des Tischlergewerbes. 2. Wahl einer Meisterkommission. Als Referent fungiert Herr Tischler G. Koedel, Vertreter der Lohnkommission der Tischlergefellten, das Korreferat hat Herr Tischlermeister O. Stieber, Vorsitzender des Ortsvereins der selbständigen Tischlermeister übernommen. Die großen Galerien des Lokales sind für Tischlergefellten reserviert, so daß auch diese der Versammlung beiwohnen können. Die Kommission der Tischler weist hierauf besonders hin. Eingang durch den Puffettaal.

Der Streik der Arbeiter der Fabrik für Gas- und Wasserleitungs-Gegenstände von B. Joseph, hier, Behn- nienufer 6, findet in einer am Montag, den 19. d. M., statt- findenden Versammlung sämtlicher Metallarbeiter Berlins eine öffentliche Besprechung. Zahlreiche Vorkommnisse erwarten die Strikenden.

Der Kachverein der Möbelpolier Berlins (E. J. Arb.) hält am Montag, den 19. d. Ms., seine erste diesjährige Versammlung (Generalversammlung) im Vereinslokal Marian- enstraße 31/32 bei Gollhart mit folgender für sämtliche Mitglieder wichtigen Tagesordnung ab: 1. Kasierenbericht, 2. Antrag Lederhaute (Wahl des ersten Vorsitzenden), 3. Ver- schiedenes. Sämtliche Mitglieder werden gebeten, zu er- scheinen, und das Quittungsbuch als Legitimation mitzubringen; auch ist Jedem die Gelegenheit gegeben, resignierende Beiträge zu entrichten.

Der Kachverein der Tischler hält seine ordentliche Ge- neralversammlung Lokalverhältnisse halber diesmal am Mit- woch, 21. d. M., in Jordan's Salon, Neue G. Anstr. 28, ab. Die Vereinsversammlungen in der Mauerstr. 144 finden nicht mehr statt. Das neue Versammlungslokal für den Norden Berlins wird in der Generalversammlung und durch die Be- richtungen bekannt gemacht werden. Am Montag, den 26. Ja- nuar findet im Vereinslokal Süd-Ost, Waldemarstraße 75 und Mitte Februar vor dem Halle'schen Thore eine Vereinsversam- mlung statt.

Die Generalversammlung des Arbeiter-Bezirks-Ver- eins für den Osten Berlins findet am Dienstag, den 20. Januar, Abends 8 1/2 Uhr, in Keller's Gesellschaftsalon, An- dreasstraße 21, statt. Die Tagesordnung lautet: 1. Rückblick auf die Tätigkeit des Bezirks. 2. Kasierenbericht der Referenten. 3. Wahl des Gesamt-Vorstandes. 4. Berichtendes. 6. Proje- ktlösen. Neue Mitglieder werden auch in dieser Versammlung aufgenommen. Ehrenpflicht eines jeden Mitgliedes ist es, in dieser Generalversammlung zu erscheinen. Die Mitgliedskarten sind an der Kontrolle vorzugeben.

Verein der Maschinisten und Deizer. Heute Nachmit- tag 5 Uhr Untenstraße 5 (Schützenhaus) Versammlung. Gäste willkommen. Neue Mitglieder werden aufgenommen.
Der Verein zur Wahrung der Interessen der Tischler und Berufsgenossen hält am Montag, den 19. d. Ms., Abends 8 1/2 Uhr, Adlerstr. 21, eine Versammlung ab. T. D.: Vortrag des Herrn Grundlach über: Die fremden Nagelholzer und deren Verwendung im Handwerk. — Neue Mitglieder werden aufgenommen. Gäste willkommen. — Der Verein veranstaltet am 31. d. Ms., Abends 8 Uhr, in Baum- bach's Kasino, Brinzenstr. 94, einen Wiener Maskenball. Alle Freunde und Bekannte des Vereins sind hiermit eingeladen. Billets sind zu haben bei den Herren: Gumbelach, Solms- str. 12, Stügelmaier, Gitschinerstr. 93, Laub, Oranienstr. 203, Schrage, Grünauerstr. 11 und Verbe, Fruchtstr. 35.

Der Unterstützungsverein der Buchbinder und ver- w. Berufsgenossen hält am 19. Januar, Abds. 8 1/2 Uhr, Alte Jakobstr. 75, eine Versammlung ab. Es ist Pflicht eines jeden Rappararbeiters, in derselben zu erscheinen, da der für sie be- stimmte Minimaltarif vorliegt und nach Annahme sofort in Kraft treten soll.

Eine große Versammlung der Wähler des vierten Reichstagswahlkreises findet nächsten Mittwoch in Sanssouci Kottbusstr. 4a statt. Referent ist der **Abg. Singer**. Wir erwarten eine recht starke Beteiligung. Die Tagesordnung werden wir später noch bekannt geben.

Verein der Berliner Maurer. Dienstag, den 20. Ja- nuar, Mitgliederversammlung, Fintelstraße 10. Vortrag des Herrn Schäfer. Eröffnung pünktlich um 8 Uhr. Zahlreiches Erscheinen erwünscht.

Fachverein der Tischler. Sonnabend, den 24. Januar, 8 1/2 Uhr, im Schützenhaus, Linienstraße 3-5. Mittels vorher bei den Herrn Böhm, Johanniterstraße 10; Friese, Walde- marstr. 38; Güntler, Friedenstr. 50; Wolter, Vorbringerstr. 24; Mölle, Wienerstr. 42.

Versammlung der Schneidermeister und Gesellen Berlins. Donnerstag, den 22. Januar cr., Abends 8 1/2 Uhr, in den beiden großen Sälen des Grauweil'schen Etablissements, Kommandantenstr. 77/79. Auf der Tagesordnung steht: Die sozialen Schäden im Schneidergewerbe und wie ist Abhilfe zu schaffen? Referenten sind Herr Holzappel vom Verein selbstständiger Schneidermeister und L. Pfeiffer, Vorsitzender der Lohnkommission. Da in der Versammlung sehr wichtige Angelegenheiten erörtert werden, so ist jedem Schneidermeister sowohl als Gesellen der Besuch derselben dringend zu empfehlen. Alles Nähere durch Anzeigen und Säulenanschläge.

Freie Vereinigung der Graveure, Eisenreue und verwandten Berufsgenossen. Versammlung am Montag, den 19. Januar, Abds. 8 1/2 Uhr, im Restaurant Sahn, Annenstraße 16. Tagesordnung: 1. Geschäftliches und Aufnahme neuer Mitglieder. 2. Vortrag des Herrn Ganig über Naturheilkunde. 3. Besprechung über auswärtige, speziell Dresdener, Fachverhältnisse. 4. Verschiedenes. Bericht des Nachweisedirektors.

Stiftung für Tapezierer und verw. Berufsgenossen. Am Montag, den 19. d. Mts., findet eine Mitglieder-Versammlung statt. L. D.: Kassenangelegenheiten.

Die Versammlung des Arbeiter-Bezirks-Vereins der Kranenburger Vorstadt und des Wedding findet am Montag, den 19. Januar, Abends 8 1/2 Uhr, im Wedding-Park, Müllerstraße 178, statt. Die Tagesordnung lautet: 1. Vortrag

des Sigarrenarbeiters Herrn Sasse. 2. Besprechung über das Stiftungsfest. 3. Verschiedenes. 4. Fragelasten. Gäste haben Zutritt. Neue Mitglieder werden aufgenommen. Um zahlreiches Erscheinen wird ersucht.

Die nächste Mitglieder-Versammlung des Arbeiter-Bezirksvereins „Gütta“ findet am Dienstag, den 20. Januar, Abends 8 Uhr, in den Industriehallen, Mariannenstr. 31-32, statt. L. D.: 1. Geschäftliches. 2. Vortrag des Herrn Dr. Toselowski über Japan. 3. Verschiedenes. 4. Fragelasten. Gäste willkommen. Neue Mitglieder werden aufgenommen. Der Wichtigkeit der Tagesordnung halber ist es Pflicht der Mitglieder, recht zahlreich und pünktlich zu erscheinen.

Herr Dr. med. Sturm wird Sonntag, den 18. Jan. 1885, Vorm. 11 Uhr, im Konzerthaus, Leipzigerstraße 48, einen Vortrag halten über das Thema: Die Ernährung des menschlichen Körpers im kranken Tagen. Eintritt unentgeltlich. Damen wie Herren haben Zutritt.

Eine Volksversammlung mit der Tagesordnung: „Die Kolonisation und das Arbeiterschutzgesetz“. Referent Herr Kunkel, findet heute Vormittag 10 Uhr in Domack's Restaurant, Johanniststraße 20, statt. Die interessante Tagesordnung verspricht einen guten Besuch.

Der Bezirksverein des werththätigen Volkes im 29., 30. und 31. Wahlbezirk veranstaltet am Dienstag, den 20. Januar, Abends 8 Uhr, im großen Saale des Goll'schen Restaurants, Linienstr. 30, eine Versammlung mit Vortrag des Herrn Martin über Reiseerlebnisse aus verschiedenen Erdtheilen. Auf der Tagesordnung steht ferner ein Antrag des Vorstandes auf Aufhebung der Einschreibgebühr. Wir zweifeln nicht im Mindesten, daß jener Antrag, der den Verhältnissen Rechnung trägt, mit großer Majorität zur Annahme gelangt und es dadurch den im 5. Reichstagswahlkreise

wohnenden Arbeitern leichter gemacht wird, sich diesem anzuschließen, zu dem der monatliche Beitrag nur 20 Pf. beträgt. — Anmeldungen zum Beitritt in jenen Verein sind in den Versammlungen und außerdem von Herrn Schmeißer, Emil Franke, Linienstr. 9, entgegenzunehmen.

Der Bezirksverein der arbeitenden Bevölkerung Südwestens Berlins hält am Montag, den 19. d. Mts., Abends 8 Uhr, in Rieff's Salon, Kommandantenstraße 79, seine nächste ordentliche Vereinsversammlung ab. Tagesordnung: Antrag auf Statutenänderung; Vortrag des Herrn Aug. Herold über „Kommunales“. — Die Tagesordnung wegen werden die Mitglieder recht zahlreich zu erscheinen. — Gäste haben Zutritt. (Inserat.)

Briefkasten der Redaktion.

Gentisch, Mustauerstraße. Sofern der schriftliche Vertrag nicht etwas Anderes bestimmt, ist der Verleiher dieser Reparatur verpflichtet.

Alter Abonnent Bülowstraße. Dem natürlichen steht, wenn das uneheliche Kind das siebente Lebensjahr endet hat, die Wahl offen, ob er die Verpflegung des Kindes selbst oder durch Dritte übernehmen will oder ob die Kosten der Erziehung vergütet will. Diese Wahl ihm selbst dann zu, wenn er bereits zur Geldalimentationspflicht ist. Verweigert die Mutter die Herausgabe des Kindes, so ist der Vater von der Verpflichtung zur Geldalimentationspflicht frei.

P. P. Ohne nähere Kenntniß vom Nichtsvertrage ist die Anfrage nicht beantwortbar.

J. G. 50. Vergleichen Sie die Antwort unter P.

Theater.

Königliches Opernhaus: Heute: Armido. Morgen: Hero.

Königliches Schauspielhaus: Heute: Durch's Ohr. Morgen: Die vier Temperamente.

Deutsches Theater: Heute: Der Weg zum Herzen. Morgen: Die Hagestolzen.

Bellealliance-Theater: Heute: Der Raub der Sabinerinnen, Schwank in 4 Akten von Franz und Paul Schönthan. Morgen: Dieselbe Vorstellung.

Neues Friedrich-Wilhelmstädtisches Theater: Heute: Gossarone. Morgen: Dieselbe Vorstellung.

Central-Theater: Heute: Alte Kalobstraße 30. Direktor: Ad. Ernst. Morgen: Dieselbe Vorstellung.

Residenz-Theater: Heute: Die Ehestands-Invaliden. Morgen: Die Schulleiterin.

Balhallen-Operetten-Theater: Heute: Der Feldprediger. Morgen: Dieselbe Vorstellung.

Kaufmannstädtisches Theater: Heute: Papa Nielebisch. Morgen: Dieselbe Vorstellung.

Ostend-Theater: Heute: Der Galeerenklau. Morgen: Dieselbe Vorstellung.

Wallner-Theater: Heute: Klein Geld. Morgen: Dieselbe Vorstellung.

Vittoria-Theater: Heute: Sulfurina. Morgen: Dieselbe Vorstellung.

Ambra-Theater. Heute: Mutterlegen. Morgen: Dieselbe Vorstellung.

Arbeitsmarkt.

Werführer für Rüschenfabrik nach Wien gesucht. Derselbe soll die Rüschenmaschinen beaufsichtigen und dieselben reparieren; er muß die Rüschenarbeit verstehen und längere Zeit in einer großen Fabrik dieser Branche gewesen sein. Gutes Gehalt. Anerbietungen mit der Aufschrift „Werführer“ an die Exped. d. Btg. 13

Gr. Volksversammlung 4. Wahlkreis. 97 Mittwoch, d. 21. Januar, Abends 8 Uhr, im Lokal Sanssouci, Kottbuserstraße 4a. Referent: Reichstagsabgeordneter Paul Singer.

Große Volksversammlung. Dienstag, d. 20. Januar, Abends 8 Uhr, in „Sanssouci“, Kottbuserstraße 4a. 100

Große Volksversammlung. Sonntag, den 18. Januar, Vorm. 10 Uhr, im Restaurant Domack, Johanniststr. 20. — L. D.: Vortrag des Herrn Kunkel: Die Kolonisation und das Arbeiterschutzgesetz. 93

Gr. Versammlung sämtlicher Kürschner Berlins. Dienstag, den 20. Januar, Abends 8 Uhr, im gr. Saale des Schützenhauses. 88 Das Erscheinen eines jeden Kürschners ist dringend erwünscht. Die Lohnkommission.

Bezirksverein d. arbeitenden Bevölkerung des SW. Berlins. Montag, den 19. Januar, Abends 8 Uhr, in Rieff's Salon, Kommandantenstr. 71-72. Tagesordnung: 1. Beratung und Beschlußfassung der beantragten Statutenänderung betr. Erhöhung der Monatsbeiträge, Fortfall des Einschreibgeldes und Stundung der Beiträge bis zu 6 Monat. 2. Vortrag des Stadts. Herrn Aug. Herold über „Kommunales“. 3. Verschiedenes. Um zahlreiches Erscheinen der Mitglieder ersucht. Der Vorstand. 94

Preussische Loose: Hauptziehung heute bis 31. Januar. Original 1/2 150 Mark, 1/4 72 Mark. Anthteile 1/8 30 Mk., 1/16 15 Mk., 1/32 7,50 Mk., 1/64 4 Mk. Borchardt Gebr., 1. Geschäft Friedrichstraße 61, Telephon 1. 2. „Königstr. 1, Ecke Burgstr.“

5. Reichstags-Wahlkreis. Bezirksverein des werththätigen Volkes im 29., 30. und 31. Wahlbezirk. Dienstag, den 20. Januar, Abends 8 Uhr, im großen Saale des Goll'schen Restaurants, Linienstr. 30. Tagesordnung: 1. Vortrag des Herrn Martin: „Reiseerlebnisse aus verschiedenen Erdtheilen.“ 2. Antrag des Vorstandes: Aufhebung der Einschreibgebühr. 3. Verschiedenes. — Gäste willkommen. 92 Der Vorstand.

Berein d. Berl. Metallarb. Große General-Versammlung sämtlicher Mitglieder am Montag, den 19. Januar, Abends 8 Uhr, in Rieff's Lokal, Kommandantenstr. 71-72. L. D.: 1. Geschäftliches. 2. Rassenbericht pro 1. Quartal. 3. Bericht über den Kongreß in Gera. 4. Verschiedenes. 5. Fragelasten. Zahlreiches Erscheinen ist notwendig. 91 Der Vorstand.

Arb.-Bz.-V. Lausitzer Platz. Mittwoch, den 21. Januar, Abends 8 1/2 Uhr, Wrangelstraße 9 u. 10 (Urania). General-Versammlung. Tagesordnung: 120 1. Vorstandswahl. 2. Rassenbericht. 3. Verschiedenes und Fragelasten. Der Vorstand.

Arb.-Bez.-Verein f. d. Osten Berlins. Dienstag, den 20. Januar, Abends 8 1/2 Uhr, in Keller's Lokal, Andreasstr. 21. General-Versammlung. Tagesordnung: 80 1. Rückblick auf die Thätigkeit des Vereins. 2. Rassenbericht der Revisoren. 3. Wahl des Gesamt-Vorstandes. 4. Verschiedenes. 5. Fragelasten. Neue Mitglieder werden aufgenommen. — Zur Ausübung der Kontrolle ist die Mitgliedskarte vorzuzeigen. Bei der Wichtigkeit der Tagesordnung wird um zahlreiches Erscheinen der Mitglieder gebeten. Der Vorstand.

Fachverein der Schmiede. Montag, den 19. Januar, Abends 8 einhalb Uhr, pünktlich in Grauweil's Bierhollen, Kommandantenstr. 77-79. Versammlung. 85 Tagesordnung: Herr Regierungsbaumeister Kehler über Entwicklung des Eisens. Unsere Berufsgenossen als Gäste sehr willkommen, des höchst interessanten Vortrages wegen zahlreiches Erscheinen erwünscht. Der Vorstand.

Fachverein der Schuhmacher. Montag, den 19. Januar, Restaurant Teichert, Neue Grünstr. 32. Quittungsbuch legitimirt. 96

Centr.-Krankenkasse d. Maurer, Steinhauer, Gipsler etc. Grundstein zur Einigkeit Berlin I. Mitglieder-Versammlung am Sonntag, den 18. Januar, Vormittags 11 Uhr, Vorbringerstraße 37. Tagesordnung: Abrechnung des 4. Quartals. Ernennung neuer Krankendeskretäre und Kassen-Angelegenheit. 87 Der Vorstand. Berlin I.

Für Kürschner und Berufsgenossen befindet sich der Arbeits-Nachweis Abends von 8 bis 10 Uhr bei Seefeld, Grenadierstraße 33. 1519

Fachschule des Fachvereins der Schneider. Prüfung der Schüler vom 3. und 4. Kursus am Dienstag, den 20. Januar, 8 einhalb Uhr, im Lokal Mauersstraße Nr. 86. Groöffnung des 5. Kursus und werden die Schüler 3. und 4. Kursus, welche Zeugnis über Fähigkeiten wünschen, aufgefordert zu erscheinen. Schüler zu dem Dienstag beginnenden 5. Kursus. Werden im Lokal und beim Lehrer Herrn Faust, Taubentempel entgegen genommen. Der Vorstand. Reich

Unterstützungsv. d. Buchbinder und verwandten Berufsgenossen. Montag, den 19. Januar, Alte Kalobstraße 30. Versammlung. Tagesordnung: 1. Wahl der Zeitungskommission. 2. Bericht eines Vorstandsmittgliedes. 3. Vorlage des Tarifs der Arbeiter. 4. Verschiedenes und Fragelasten. Die Rappen-Arbeiter Berlins sind hierdurch eingeladen, sämtlich am Platze zu sein. 89 Der Vorstand.

Die Aufnahme neuer Mitglieder in die Krankens- und Begräbnis-Kasse für Frauen (fr. G. Offenbach a. M.) findet von jetzt ab nur Andreasstr. 20, Hof v. 3 Tr. statt. zwar Mittags von 8 Uhr Morgens bis 8 Uhr Abends. tags von 8 bis 3 Uhr. Im Auftrage: Richter

Fachverein der Möbelpolierer f. geschw. Montag den 19. d. M., Abends 8 Uhr, Kommandantenstr. Nr. 31/32. General-Versammlung. L. D.: Bericht. Wahl des 1. Vorsitzenden. Verschiedenes. Quittungsbuch legitimirt. Neue Mitglieder werden aufgenommen. 86 Der Vorstand.

Kleine und große Vereinszimmer auch Sonntags zu haben. Mauersstraße 86. J. Wilhelm SW. Zimmer-Strasse Nr. 45, SW. neben der Expedition des „Berliner Volksboten“ empfiehlt sich allen Freunden und Bekannten.

Herrn. Kehr, Hutmacher. Stalitzerstr. 109, nahe d. Manteuffelstr. Elegante Seidenhüte v. 5-12 Mk. Gute und feine Filzhüte v. 2-6 Mk. Jede Reparatur wird sauber und billig ausgeführt. Aufbügeln sofort für 25 Pfennige. 59

Roh-Tabak!! Eine preiswerthe Sumatra-Decke à 250 Pf. Bergemann & Donisch, C., Alexanderstr. 90 2 Schlafstellen f. Schuhmacher z. A. Linienstr. 204, 4 Tr. bei 98

Der neu eröffnete VOLKS-BAZAR!! (Rein Abzahlungs-Geschäft.) Prinzenstrasse 22, parterre hat jetzt, um seinen neuen Kundenkreis zu erweitern, äußerst mäßigen Preise um fernere 10 pSt. herabgesetzt. empfiehlt speziell Herren- u. Knaben-Garderobe, Uhren u. Goldwaaren, fakturwaaren, Betten, Singer-Nähmaschinen, Wollstoffe, Hüte, Schuhe, Stiefel, Damen- und Mädchen-Mäntel. Bei genügenden Referenzen bewilligen gern 100